

Arnold Suppan

Erniedrigung und Unterwerfung

Die Idee eines „Anschlusses“ (Deutsch-)Österreichs an Deutschland von 1918/19 war bei vielen Deutschen und Österreichern lebendig geblieben: bei Politikern, Diplomaten, Offizieren, Professoren, Lehrern, Beamten, Rechtsanwälten, Ärzten, Wirtschaftskapitänen, Ingenieuren, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern, wie es nicht zuletzt das Deutsche Sängerbundfest im Juli 1928 bewies. Anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Schubert zogen 130.000 Sänger aus allen deutschen und österreichischen Ländern – aber auch Sudetendeutsche, Südtiroler und Deutschamerikaner – mit zahlreichen geschmückten Wägen vom Heldenplatz über die Ringstraße; 700.000 Personen hatten dem Spektakel zugesehen (ADÖ 6/942, 943). Die „Armee der Sänger“ erschien dem parteilosen Bundespräsidenten Michael Hainisch als Symbol der Einheit des deutschen Volkes. Die *Vossische Zeitung* sah im Sängerfest „eine Huldigung der Deutschen aus allen Gauen des Reiches für das deutsche Wien“.¹

Als jedoch die Regierungen in Berlin und Wien am 19. März 1931 eine „Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Österreichs“ beschlossen (ADÖ 7/1077), gab es einen Entrüstungsturm in Paris, Prag, Rom und London, da sich besonders die französische und die tschechoslowakische Regierung vom „deutschen Revisionismus“ herausgefordert fühlten. Auf dem Umweg über den Völkerbundrat landete die Frage des Zollunionsprojektes schließlich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der mit acht gegen sieben Stimmen entschied, dass eine deutsch-österreichische Zollunion zwar nicht gegen das Anschlussverbot des Friedensvertrages von Saint-Germain verstoße, wohl aber im Widerspruch zum Genfer Protokoll I von 1922 stehe (ADÖ 7/1167, 1168, 1169, 1170).²

¹ Norbert Bischoff, Österreichische Außenpolitik 1918-1938. In: Wilhelm Exner (Hg.), 10 Jahre Wiederaufbau. Die staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich 1918-1928 (Wien 1928) 23-34. Enge deutsch-österreichische Zusammenarbeit gab es auch im Deutsch-Österreichischen Alpenverein, im Deutschen Turnverein und in den nationalen Burschenschaften.

² Walter Goldinger – Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich (Wien – München 1992) 178-183; Walter Rauscher, Briandplan und Zollunionsprojekt. Die österreichische Außenpolitik 1930/31. In: Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan (Hg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Bd. 7: Das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt, 12. Februar 1930 bis 11. September 1931 (Wien – München 2006) 13-36.

Das Urteil empörte die öffentliche Meinung sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Es schadete den Regierungen beider Staaten, Heinrich Brüning und Karl Buresch, und nützte der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1932 bzw. den Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien. Auch der Februaraufstand 1934 des Republikanischen Schutzbundes und seine Niederschlagung durch Bundesheer und Heimwehr kam den Nationalsozialisten zugute (ADÖ 9/1430), während der fehlgeschlagene Juliputsch der österreichischen Nationalsozialisten (ADÖ 10/1466, 1468) – in den Hitler teilweise eingeweiht war – vorübergehend den nationalsozialistischen Einfluss auf die österreichische Innenpolitik stoppte. Dieser Zustand hielt freilich nur bis zur erfolgreichen Volksabstimmung im Saarland im Januar 1935 und zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland im März 1935 an, die die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages ignorierte. Sozialminister Odo Neustädter-Stürmer stellte daher im österreichischen Ministerrat mit Recht die Frage, welche Großmacht für Österreich einträte, wenn Deutschland eines Tages in Österreich einmarschierte. Aber Bundeskanzler Kurt Schuschnigg sprach sich entschieden gegen innenpolitische Konzessionen an Deutschland aus.³

„Das nächste Mal sind wir an der Reihe“

In Stresa am Lago Maggiore bestätigten die Ministerpräsidenten Italiens, Frankreichs und Großbritanniens im April 1935 die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs. Aber die Schalmeien-Töne Hitlers am 21. Mai 1935 im Reichstag – wo er erklärte, dass Deutschland weder die Absicht noch den Willen habe, „sich in innerösterreichische Angelegenheiten einzumischen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen“ – wurden in Europas Staatskanzleien kaum geglaubt. Als Großbritannien im Juni mit Deutschland ein Flottenabkommen schloss, war es für den italienischen Ministerpräsidenten Benito Mussolini klar, dass London die Frage der Unabhängigkeit Öster-

³ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik (MRP), Abt. IX, Bd. 2, hg. von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1993), Nr. 988, 22. März 1935; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich* (München – Wien² 1980) 19-21; Arnold Suppan, *Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld* (Wien – München 1996) 206-209; Ernst Hanisch, *Wien, Heldenplatz*. In: Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte I* (München 2001) 114 f.; Alfred Low, *The Anschluss Movement, 1931-1938, and the Great Powers* (East European Monographs, Boulder/Col. 1985); Evan Burr Bukey, *Hitler's Austria. Popular Sentiment in the Nazi Era, 1938-1945* (Chapel Hill – London 2000) 14-22; Ian Kershaw, *Hitler 1889-1936* (Darmstadt 1998) 657-659; Walter Rauscher, *Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34*. In: ADÖ 9 (Wien 2014) 27-42. Das Scheitern des Zollunionsprojektes war auch vom Kollaps der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe im Mai 1931 begleitet, der vom Staat, der Nationalbank und dem Haus Rothschild aufgefangen werden musste. – Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Österreichische Geschichte, Wien 1995) 388-390.

reichs in erster Linie als Problem Roms sah. Mit seinem Krieg gegen Äthiopien im Herbst 1935 aber löste der „Duce“ die politischen Leitlinien von Stresa. So erklärte er bereits am 6. Januar 1936 dem deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, dass die Stresa-Front für immer gestorben sei. Wenn Deutschland aus Österreich einen Staat machen wolle, der zwar formell autonom, in der Praxis aber ein Satellit wäre, so würde er nichts dagegen einwenden.⁴

Damit war aber auch Schuschniggs außenpolitische Strategie, eine Abwehrfront gegen Hitler aufzubauen, gescheitert:

- Trotz der Römer Protokolle konnte Schuschnigg nicht mehr mit italienischer Unterstützung gegen Deutschland rechnen, zumal er auch nicht das persönlich gute Verhältnis seines Vorgängers zu Mussolini unterhielt.
- Die Westmächte waren nicht bereit, über allgemeine Sympathieerklärungen für Österreichs Selbständigkeit hinauszugehen.
- Der Versuch einer Anlehnung an die Tschechoslowakei scheiterte am Gegensatz zwischen Prag und Budapest, am Misstrauen zwischen Wien und Belgrad, vor allem aber an der Restaurationsfrage (seit Rückgängigmachung des Landesverweises der Habsburger und Rückerstattung des Privateigentums an die Kaiserfamilie im Juli 1935).
- Auf der europäischen politischen Ebene wurde es immer deutlicher, dass eine Politik der „Unabhängigkeit“, der „Neutralität“ oder des „Non-engagement“ mit keiner breiten Unterstützung rechnen konnte.⁵

Als Hitler am 7. März 1936 etwa 22.000 Mann der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschieren ließ und damit den Locarno-Pakt kündigte, gab es nur papierene Proteste der Westmächte und der Kleinen Entente (bei Zurückhaltung Jugoslawiens). Diese offene Revision von Versailles steigerte Hitlers Popularität in der deutschen Bevölkerung und hatte unmittelbare Rückwirkung auf die österreichische Politik. Gesandter Theodor Hornbostel, der Politische Direktor am Ballhausplatz, bemerkte sarkastisch zum französischen Gesandten:

⁴ Ennio Di Nolfo, Die österreichisch-italienischen Beziehungen von der faschistischen Machtergreifung bis zum Anschluß (1922-1938). In: Adam Wandruszka und Ludwig Jedlicka (Hg.), Innsbruck – Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972 (Wien 1975) 221-271, hier 265-267; Angelo Ara, Die italienische Österreichpolitik 1936-1938. In: Gerald Stourzh – Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Wien 1990) 111-129, hier 116 f.; Zara Steiner, *The Triumph of the Dark. European International History 1933-1939* (Oxford History of Modern Europe, Oxford 2011) 100-166; Klaus Koch, Zwischen Mussolini und Hitler, August 1934 – Juli 1936. In: ADÖ 10 (Wien 2014) 11-32.

⁵ Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht (Wien 1947) 156 (Zeugenaussage Eduard Ludwig); Steiner, *The Triumph*, 167. „Schuschnigg’s attempt to rally support by founding his own fascist-style Fatherland Front had completely failed.“ – Richard J. Evans, *The Third Reich in Power* (London 2005) 649; Andrej Mitrović, *Vreme netrpeljivih. Politička istorija velikih država Evrope 1919-1939*. [Die Zeit der Intoleranten. Die politische Geschichte der großen Staaten Europas 1919-1939] (Beograd 1974) 396-406.

„Das nächste Mal sind wir an der Reihe.“⁶ – Bereits in einer vertraulichen Sitzung des Ministerrates am 19. März stellte Schuschnigg fest, die Bundesregierung sei keineswegs an einem Fortbestehen des Konfliktes mit Deutschland interessiert, freilich könne Österreich keinen Vertrag mit dem Nationalsozialismus schließen, sondern nur mit Deutschland.⁷

Im Auftrag Schuschniggs stellte der damalige Vizedirektor der Kabinettskanzlei, Guido Schmidt, politischen Kontakt zum deutschen Botschafter, dem nationalkonservativen ehemaligen Zentrumspolitiker, Reichskanzler und Vizekanzler Franz von Papen her, der sich schon seit 1935 um einen solchen bemüht hatte. Im offiziellen Abkommen vom 11. Juli 1936 deklarierte die Bundesregierung Österreich als „deutschen Staat“, während die Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich anerkannte. Beide Regierungen betrachteten „die in dem andern Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des andern Landes“. Einen deutlichen Souveränitätsverzicht musste Österreich allerdings mit dem vertraulich zu behandelnden *Gentlemen's Agreement* hinnehmen, wenn es der NSDAP in Österreich eine ungehinderte Tätigkeit gewähren musste, solange sie sich an die geltenden Gesetze hielt und nicht in die „innerpolitischen Angelegenheiten“ einmischte. Außerdem wurde in Aussicht genommen, „Vertreter der bisherigen sogenannten ‚nationalen Opposition in Österreich‘ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen“. Entscheidend aber wurde folgendes Zugeständnis: „Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass sie bereit ist, die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen [sic!] der Außenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen.“⁸

Nach Hornbostels Aussage im Hochverratsprozeß gegen Guido Schmidt im Jahre 1947 nahm die Veröffentlichung des Juliabkommens „einen Stein der Belastung von allen ausländischen Gesandtschaften“ in Wien. Vor allem Frankreich

⁶ Georges Castellan, Ein Vorspiel zum Anschluß (1935-1937). Nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland. In: Stourzh – Zaar, Österreich, Deutschland und die Mächte, 147-166, hier 149.

⁷ Hildebrand, Das Dritte Reich, 28; Hochverratsprozeß Schmidt, 30 (Verantwortung Guido Schmidt); MRP Abt. IX, Nr. 1025, 19. März 1936.

⁸ ADÖ 10/1634, 1640; Aktenvermerk Hornbostel über den aktenmäßigen Verlauf der „Entspannungsbesprechungen“, 12. Juli 1936. In: Hochverratsprozeß Schmidt, 474 f. Im Zuge der allgemeinen Amnestie im Juli 1936 wurden 15.457 Personen begnadigt, im Frühjahr 1937 weitere 826. Am 9. Juli 1937 befanden sich noch 109 österreichische Nationalsozialisten wegen besonders schwerer, vor dem 11. Juli 1936 begangener Blut- und Sprengstoffdelikten in Haft. – Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie D (1937-1945), Bd. I: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 – September 1938), (Baden-Baden 1950), Dok. 152, 237; vgl. Gerald Stourzh, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung. In: Stourzh – Zaar, Österreich, Deutschland und die Mächte, 319-346.

und Italien schienen erleichtert, der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit praktisch entbunden zu sein. Wenn allerdings Schuschnigg meinte, das Juliabkommen als „Schlusspunkt [...] und nicht als Ausgangspunkt einer Evolution“ auffassen zu können, so hatte er sich grundlegend getäuscht, denn gerade das *Gentlemen's Agreement* gestaltete sich zum Ausgangspunkt eines Gleichschaltungsprozesses in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht. Dennoch sah der nach dem Juliabkommen zum Staatssekretär avancierte, eher gesamtdeutsch eingestellte Schmidt – nach einem Vortragskonzept aus dem Jahre 1937 – die politische Funktion Österreichs nach wie vor als „Zwischenglied zwischen der deutschen, slawischen, romanischen und orientalischen Welt“. Österreich besitze zwangsläufig enge Beziehungen zum deutschen Raum und zum südlichen lateinischen Nachbarn und wirke als ausgleichender Faktor zwischen diesen und gegenüber den benachbarten Kleinstaaten. Seine historischen und kulturellen Verbindungen mit der gesamten Kulturwelt (einschließlich seiner medizinischen und musikalischen Traditionen) machten es zur Drehscheibe nach allen Richtungen des Kontinents. Die hieraus resultierende Grundlinie der Friedenspolitik Österreichs entspreche auch seinem „Volkscharakter“ und der „geopolitisch-strategischen Lagerung des Landes“. Freilich musste der Staatssekretär auch einräumen: „[...] die früheren Erblande und Kronländer schlossen sich infolge [der] Anziehungskraft des alten Österreich und des in Wien residierenden Kaisertums an, ohne organisch mit Österreich und seiner Mission zu verschmelzen“. – Erstaunlicherweise erwähnte Schmidt weder die ehemalige wirtschaftliche Verflochtenheit in der Habsburgermonarchie noch die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit des Bundesstaates Österreich vom Deutschen Reich.⁹

Schuschnigg und Schmidt bekamen im April 1937 in Venedig von Mussolini und Außenminister Galeazzo Graf Ciano verdeutlicht, dass eine künftige Ordnung des Donaauraumes ohne Deutschland nicht in Frage komme (ADÖ 11/1745-1748). Auch in London erhielt Schmidt im Mai keine Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs. So musste er sich in Paris bereits auf die Hervorhebung guter Wirtschaftsbeziehungen beschränken.¹⁰ Vergleichbar den Kriegsvorbereitungen der Kleinen Entente im August 1935 im Falle einer Restauration sah auch die am 24. Juni 1937 vom Reichskriegsministerium erlassene „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ bereits den „Sonderfall Otto“ für den Fall eines Krieges gegen Österreich vor, in der es hieß: „Bewaffnete Intervention gegen Österreich für den Fall, dass dieses die Monarchie wiederherstellen sollte. Ziel dieser Intervention wird sein, Österreich mit Waffengewalt zum Verzicht auf

⁹ Hochverratsprozeß Schmidt, 168 f. (Zeugenaussage Theodor Hornbostel); Vortragskonzept Schmidt, o. D., AdR, NPA Präs., Nachlass Guido Schmidt, Kart. 1/I, fol. 178 f.

¹⁰ Steiner, *The Triumph*, 155-157, 314; vgl. Enzo Collotti, *Fascismo e politico di potenza: politica estera 1922-1939* (Firenze 2000); Gianni Toniolo, *L' economia dell'Italia fascista* (Roma 1980).

eine Restauration zu zwingen.“ (ADAP D I, S. 355 f.) Von einer wirklichen Restaurationsgefahr konnte dabei gar keine Rede sein, denn weder das großdeutsche noch das sozialdemokratische „Lager“ hätten eine Restauration der Habsburger widerstandslos hingenommen. Im Übrigen hatte Schuschnigg dem Reichsminister des Auswärtigen, Konstantin von Neurath, bei dessen Besuch in Wien am 22. und 23. Februar 1937 ausdrücklich zugesichert, „dass eine Wiedereinsetzung der Habsburger gegen den Willen Deutschlands niemals durchgeführt werden könne“ (ADAP D I, Dok. 213). Aber auch andere Beteuerungen Schuschniggs halfen wenig: „Bekanntnis zu Österreich, Anerkennung seiner Verfassung, Zurkenntnisnahme der Vaterländischen Front, [...] Verzicht auf die Parteien jeglicher Art und jeglichen Namens, für die im neuen Staat kein Raum ist.“ Vor allem der preußische Ministerpräsident Hermann Göring und Papen drängten auf Erweiterung der „Verständigungspolitik“ in Österreich.¹¹

Zur internationalen Lage im Herbst 1937

Zwischen dem 25. und 29. September 1937 besuchte Benito Mussolini, der italienische Ministerpräsident und *Duce* der italienischen Faschisten, Deutschland. Hitler bereitete ihm – ganz im Gegensatz zum enttäuschenden Treffen von Venedig im Juni 1934 – einen imperialen Empfang samt eindrucksvoller Militärparade.¹² Nicht nur Österreichs Außenpolitik und Diplomatie fragten sich mit Recht, welche Rolle der zwischen Nationalsozialismus und Faschismus eingeklemmte österreichische Pufferstaat in den vertraulichen Gesprächen zwischen Hitler und Mussolini gespielt haben mag. Lord Vansittart, Permanent Under-Secretary im Foreign Office, hielt es „für höchst unwahrscheinlich“, „dass der Duce Österreich in weitgehendem Maße preisgeben könnte, um deutscherseits Unterstützung für italienische Pläne zu erlangen. Es wäre dies ein Zeichen einer so großen Schwäche Italiens, wie sie nicht angenommen werden könne“ (ADÖ 12/1780). In Berliner Journalistenkreisen kursierte einerseits die Vermutung, dass der Eindruck, den Mussolini „von der Kraft des Dritten Reiches empfangen“ haben könnte, „ein so gewaltiger sei, dass er jetzt einen solchen Nachbarn erst recht nicht am Brenner werde haben wollen“. Andererseits wurde „die Achse als gestählt bezeichnet“ (ADÖ 12/1782). Der meist gut informierte französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, war der Überzeugung, dass bei der Entrevue Hitler-Mussolini sehr wohl über Österreich gesprochen worden sei. Dabei habe sich Mussolini

¹¹ Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 34, C-175, 732-745; Alfred Kube, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich* (München 1986) 171-176; Gottfried-Karl Kindermann, *Feindcharakter Österreichs in der Perzeption des Dritten Reiches*. In: Stourzh – Zaar, *Österreich, Deutschland und die Mächte*, 75-96, hier 87 f.; Gerhard L. Weinberg, *Hitler's Foreign Policy. The Road to World War II* (New York 2005/10) 287-299.

¹² Steiner, *The Triumph*, 360; Walter Rauscher, *Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror* (Graz – Wien – Köln 2001) 245-248.

auf den Standpunkt gestellt, „mit Gewalt dürfe in Österreich von seiten Deutschlands nichts unternommen werden, Italien würde aber nichts dagegen tun, falls sich die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs für ein engeres Zusammengehen mit Deutschland aussprechen würde. Im Übrigen sah der Botschafter den Nationalsozialismus in Österreich „noch immer im Zunehmen begriffen“ und stellte dem Gesandten Stephan Tauschitz die unangenehme Frage, „ob nicht der innere Druck der Nationalsozialisten auf die Regierung ein so großer sei, so dass man die Nazi in die Regierung werde aufnehmen müssen“ (ADÖ 12/1794).

Bereits am 5. Oktober 1937 richtete US-Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner sogenannten „Quarantäne-Rede“ in Chicago eine Warnung an die revisionistischen Staaten der Welt, forderte den Zusammenschluss aller friedlichen Nationen und drohte mit dem Ausschluss der Rechtsbrecher aus der Völkerfamilie.¹³ – Japan und Deutschland waren freilich bereits aus dem Völkerbund ausgetreten, Italien sollte bald folgen, und die USA gehörten ihm noch immer nicht an. Gleichzeitig hörte Roosevelt bereits von seinem gut informierten Botschafter in Paris, William Bullitt, dass Frankreich nicht für Österreichs Unabhängigkeit kämpfen werde.¹⁴ Seit dem Juliabkommen hatten sich die deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen nach der „Tausend-Mark-Sperre“ (1933-36) wieder normalisiert und einen deutlichen Aufschwung genommen. Der Leiter der Handelspolitischen Abteilung am Ballhausplatz, Gesandter Heinrich Wildner – der als junger Diplomat bereits in der Monarchie begonnen hatte, dann in der Zweiten Republik in führender Stellung tätig war – monierte sogar eine Steigerung im deutsch-österreichischen Clearing, die am Ende des Sommers 1937 zu einer Spitze, d. h. einen Überschuss, im deutsch-österreichischen Devisenverkehr von 50 Millionen Schilling geführt habe. Die Zunahme erklärte Wildner mit Mehraufwendungen für den Reiseverkehr (10 Millionen), für Frachten (12 Millionen), den Film (1 ½ Millionen) und der Zunahme des allgemeinen Warenverkehrs. Dagegen habe der deutsche Export nach Österreich die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Daher empfahl das Wirtschaftliche Ministerkomitee in Wien, möglichst bald eine Besprechung mit der deutschen Regierung anzuberaumen. Österreich sollte dabei keine Kürzung seiner Exporte vorschlagen, sondern eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr (ADÖ 12/1788). – Die Kürzung der deutschen Exporte hing natürlich mit der radikal expansiven NS-Rüstungswirtschaft zusammen, die zu Lasten des Handels mit zivilen Produkten ging.¹⁵

¹³ David M. Kennedy, *Freedom from Fear. The American People in Depression and War, 1929-1945* (New York – Oxford 1999). Schon 1933 hatte sich Roosevelt gegenüber dem französischen Botschafter Paul Claudel geäußert, Hitler sei „a madman“. Er kenne persönlich einige von Hitlers Beratern, setzte der Präsident fort, und diese seien „even madder than he is.“ (158)

¹⁴ Steiner, *The Triumph*, 343, 360.

¹⁵ Vgl. Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus* (München 2008).

Erst am 13. November 1937 kam Legationsrat Karl Clodius, stellvertretender Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, nach Wien, um mit Wildner alle offenen handelspolitischen Fragen zu besprechen. Zunächst wurden die einschlägigen Ein- und Ausfuhrzahlen vergleichend besprochen, wobei sich zeigte, dass die österreichische Ausfuhr nach Deutschland (70 Millionen Mark) deutlich stärker zugenommen hatte, als der deutsche Export nach Österreich (87 Millionen Mark). Während die österreichische Seite eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr wünschte, sprach Clodius die Einführung einer Währungsunion an, wobei die bereits knappen Devisenbestände der Reichsbank zu dieser Überlegung beigetragen haben könnten. Schließlich einigte man sich darauf, dass die deutsche Seite die Ausfuhr durch Prämierung steigern wolle, während die österreichische Seite eine Zwischenfinanzierung der Clearingspitze zusagte (ADÖ 12/1812). Am 19. Januar 1938 erläuterte Clodius dem österreichischen Legationsrat Rudolf Seemann – durchaus fordernd – folgende Standpunkte der deutschen Außenhandelspolitik gegenüber Österreich:

- die deutsche Ausfuhr nach Österreich könne noch um etwa 10 vielleicht sogar um 15 Millionen Reichsmark gesteigert werden;
- er erwarte eine Stellungnahme der Wiener Regierung zur Zwischenfinanzierung, da die deutschen Bezugfirmen die österreichischen Lieferanten mit der Begleichung der Fakturen nicht so lange warten lassen könnten;
- falls Deutschland seinen Export nach Österreich fördern solle, müssten die Kontingentbeschränkungen fallen;
- Österreich möge seine Kohleimporte prüfen, da Deutschland dem Werte nach noch nicht mit einem Drittel an den österreichischen Kohlenbezügen beteiligt sei;
- um die Clearingspitze abzubauen, sollte auf österreichische Firmen „soweit als nur möglich ein Zwang“ ausgeübt werden, „in Deutschland zu kaufen“;
- Österreich schränke durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik die Konsumfähigkeit des Landes ein; „einen Ausweg aus dieser Lage würde er in einer größeren Konjunkturpolitik, in der Finanzierung von Aufträgen und dergleichen sehen“ (ADÖ 12/1852).

Der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, SS-Gruppenführer Wilhelm Keppeler, erkannte einerseits grundsätzlichere wirtschaftspolitische Differenzen, andererseits ungenutzte Potenziale:

- „Österreich betreibt unter der Aegide des Präsidenten der Nationalbank, Kienböck, eine ausgesprochene Deflationspolitik à la Brüning, so dass selbst österreichische Regierungskreise (Schmidt, Glaise, u. a.) sich bei mir sehr darüber beschwert haben. Wenn wir erneut, wie vor einem Jahr, bestrebt wären, den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Österreich zu beleben, könnten wir natürlich unsererseits das Vielfache von Österreich beziehen; die Gegenlieferungen würden aber ausbleiben. [...]“
- „Die Wiederbelebung des Handelsverkehrs und die Wiederaufrichtung der österreichischen Wirtschaft ist aber ein Kinderspiel, sobald die Währungsgrenzen

zwischen Deutschland und Österreich geschwunden sind, während die Zollfrage nur eine untergeordnete Rolle spielt. [...] Zur Zeit verfault das österreichische Holz im Wald, der Einschlag ist mangels Absatz weit unter dem Normalen, während wir im Wald fast Raubbau treiben. Der Überfluss Österreichs an Vieh, Butter und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen könnte voll aufgenommen werden, und dazu wäre es eine große Erleichterung für unseren inneren Aufbau, wenn wir in größerem Umfange die österreichische Industrie für Lieferungen für Deutschland mit heranziehen könnten, und der Vierjahresplan könnte dadurch zeitlich rascher vollzogen werden. Des weiteren kommt hinzu, dass das größte Interesse bestände [recte: bestünde], die Wasserkräfte Österreichs auszubauen. Es kämen hier einerseits die Gebirgswasserkräfte in Betracht (Tauern, Westtiroler Gruppe, Lüner See, u.s.w.) wie auch vor allem die Stromgewinnung an der Donau, womit gleichzeitig der Donauwasserweg reguliert würde. Besonders das letztere Projekt wäre dringend, da bei Ausbau der Donauwasserstraße sowohl Österreich wie auch der ganze Südosten dadurch wesentlich näher an Deutschland herankommen würden. Auf Grund von neueren Informationen können aus den Alpenflüssen bequem 10 Milliarden kWh und bei Ausbau der Donau etwa das gleiche Quantum an Strom bezogen werden. Zur Zeit wäre Deutschland in großem Umfange hierfür aufnahmefähig, und die Entlastung, die dadurch für unsere Kohlenbergbau eintreten würde, wäre durchaus erwünscht.“

- „Mit anderen Worten, ohne Behebung der Währungsgrenze wird Österreich im wirtschaftlichen Elend stecken bleiben, während nach Beseitigung in kürzester Frist die Erwerbslosen in Arbeit kämen und der Wohlstand Österreichs sich überraschend schnell heben würde.“ (ADAP D I, Dok. 289)

Zwischen dem 11. und 13. Februar 1938 – während Schuschnigg auf dem „Berg-hof“ von Hitler gedemütigt wurde – gab es neuerliche Verhandlungen zwischen Wildner und Clodius in Wien. Wildner beklagte erneut das „Zurückbleiben der deutschen Einfuhr“ und der stärkeren Inanspruchnahme des Clearings. Clodius wünschte sich eine österreichische Zwischenfinanzierung für die Clearingspitze und verwies auf die zum 31. Dezember 1937 fälligen deutschen Forderungen gegen Österreich in Höhe von 74 Millionen Reichsmark, wobei die Forderungen der Buchhändler 4,18 Millionen, die der Kohlehändler 3,12 Millionen betrügen. Außerdem beklagte er, dass es für französische Autos angeblich einen niedrigeren österreichischen Einfuhrzoll gebe, dass deutsche pharmazeutische Erzeugnisse immer stärker von der Verwendung bei den österreichischen Krankenkassen ausgeschlossen würden und dass es bei der Produktion von Eisenröhren angeblich ein Zusammengehen der österreichischen Produzenten mit Ungarn und der Tschechoslowakei gebe (ADÖ 12/1892).

Eine von der Bundespolizeidirektion Wien dem Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten am 15. Oktober 1937 aus vertraulicher Quelle zugekommene Information behauptete, dass der tschechoslowakische Außenminister Kamil

Krofta, ein auch am Wiener Institut für österreichische Geschichtsforschung ausgebildeter Historiker, bei seinen Besprechungen in Paris Anfang Oktober folgende Zusicherungen erhalten habe (ADÖ 12/1790):

- 1) Frankreich werde seinem Bündnis mit der Tschechoslowakei „unter allen Umständen treu“ bleiben. „Sogar im Falle einer indirekten Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der ČSR kann letztere auf eine automatische unverzüglich einsetzende und wirksame Hilfe von seiten Frankreichs rechnen.“
- 2) Frankreich und die Tschechoslowakei würden eine „unbeirrbar und konsequente Politik der Treue gegenüber dem Völkerbunde führen“, „gestützt auf die Sympathie und aktive Förderung Großbritanniens“. Die Regierungen in Paris und Prag sähen auch keinerlei Anlass für eine Revision ihrer Politik hinsichtlich Sowjet-Russlands.
- 3) Frankreich und die Tschechoslowakei sähen als eine der wichtigsten Aufgaben ihrer Diplomatie die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Frankreich, England und der Kleinen Entente einerseits und Italien andererseits. Die „Achse“ Rom-Berlin habe auf dem Gebiet der internationalen Politik vor allem „taktische Bedeutung“.
- 4) Die französische Regierung werde aktiv „die Realisierung des Planes einer wirtschaftlichen Donaukonstruktion fördern, und zwar durch Anleihen, Investitionen, Schutzzölle und Präferenzen. Paris werde auch „energischen diplomatischen Druck auf Bukarest ausüben, um die Verständigung zwischen Ungarn und der Kleinen Entente in der Frage der nationalen Minderheiten zu beschleunigen“.¹⁶
- 5) Frankreich wird zudem all seinen Einfluss geltend machen, „um den natürlichen Prozess einer tschechoslovakisch-polnischen Verständigung zu beschleunigen“.
- 6) Auch angesichts einer „deutschen“ und „russischen Gefahr“ werden Frankreich und die ČSR „auf [die] allerentschiedenste Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder dringen“.¹⁷

Die Prager Politik fühlte sich im Herbst 1937 tatsächlich von verschiedenen Entwicklungen im Deutschen Reich bedroht und erörterte auch mit ausländischen Staatsmännern die internationale Lage. So sprach Ministerpräsident Milan Hodža, der noch Ende September 1937 mit Schuschnigg in Baden bei Wien konferiert hatte (ADÖ 11/1779), mit dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum über die Möglichkeit eines „Vorgehens Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei“. Der tschechoslowakische Regierungschef bestätigte auch dem öster-

¹⁶ Vgl. Ernst Flachbarth, System des internationalen Minderheitenrechtes (Budapest 1937).

¹⁷ Das BKA/AA beauftragte den Gesandten Marek, die Authentizität dieser Information zu überprüfen. – ADÖ 12/1793. Vgl. Piotr S. Wandycz, Foreign Policy of Edvard Beneš, 1918-1938. In: Victor S. Mamatey and Radomír Luža (eds.), A History of the Czechoslovak Republic, 1918-1948 (Princeton 1973) 216-238.

reichischen Gesandten Ferdinand Marek, dass Krofta bei seinem jüngsten Besuch in Paris „eine Art convention amical“ geschlossen habe, nach der Frankreich auch bei einem „nichtoffiziellen Angriff“ Deutschlands der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen werde (ADÖ 12/1791).¹⁸ Ein nichtoffizieller Angriff, erläuterte Hodža, könne ein absichtliches Hervorrufen von Zwischenfällen sein, die zwar nicht von der Reichsregierung ausgingen, aber von „S.S.-Lausbuben“ angezettelt werden könnten. Besonders gefährlich schien Hodža der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, zu sein; aber auch der NSDAP-Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, und Hermann Göring, der Präsident des Reichstags und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, seien radikal „und würden sich gegebenenfalls nicht um Hitler und die Reichswehr kümmern, die bestimmt Ruhe haben wollten“.¹⁹ – Dies sollte sich als völlige Fehleinschätzung Hodžas erweisen.

Hitlers Kriegszielpolitik

Trotz oder gerade wegen des deutsch-österreichischen Juliabkommens (ADÖ 10/1640) rechnete niemand in Österreich oder in anderen europäischen Staaten damit, dass Hitler bereits am 5. November 1937 dem Reichskriegsminister, den Oberbefehlshabern des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe sowie dem Reichsminister des Auswärtigen ankündigte, dass er die „Niederwerfung“ Österreichs und der Tschechoslowakei anstrebe, gegebenenfalls sogar bereits im Jahre 1938, wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat gefesselt sei. Die „Einverleibung der Tschechei und Österreichs [könne] den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange“ (Es bleibt unklar, wen Hitler – abgesehen von den Juden – noch meinte). „Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.“ Hitler argumentierte mit seinen bekannten sozialdarwinistischen, geopolitischen und rassebiologischen Argumenten und nannte im Einzelnen das Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei, die Notwendigkeit der Gewinnung von „landwirtschaftlich nutzbarem Raum“ und

¹⁸ Vgl. Martin Zückert, Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938 (München 2006). Hodža informierte Marek auch über die Emigration Otto Bauers von Prag nach Paris, wo er „innigen Kontakt“ mit León Blum aufrechterhalte. „Durch ihn werde die französische Regierung sehr einseitig und unrichtig über die österr. Verhältnisse informiert.“ – ADÖ 12/1791. Am 10. Dezember bedankte sich Marek ganz im Sinne der Bundesregierung bei Hodža für das Druck-, Erscheinungs- und Verbreitungsverbot gegenüber der „Arbeiter-Zeitung“ in der Tschechoslowakei. – ADÖ 12/1819.

¹⁹ Vgl. Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie (Berlin 2008).

das Erstreben einer „bedingten“ Autarkie bei wichtigen Rohstoffen wie Kohle, Erzen, Faserstoffen und Ernährungsfetten. „Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein“, zeigte sich Hitler zu allem entschlossen. „Die Kämpfe Friedrichs d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten.“²⁰

Natürlich erhielt Staatssekretär Schmidt in Berlin auf seiner Rückfahrt von einem Gegenbesuch bei Außenminister Józef Beck in Warschau²¹ keine Information über dieses Geheimtreffen. Vielmehr behauptete er am 9. November gegenüber der Presse, dass trotz einiger Pressepolemiken das Juliabkommen gut arbeite. Aber wenige Tage später warnte Berlin in einem halboffiziellen Statement die österreichische Regierung, dass gewisse Entwicklungen in Österreich dazu beitragen, die „nationale Opposition“ gegenüber Schuschnigg zu schwächen. Aus dem Ausland gebe es Behauptungen, dass Österreich vom Reich bedroht werde, um es von Deutschland zu trennen. Aber aus der Sicht Berlins sollte es nicht so schwierig sein, einen normalen Status zwischen dem Reich, Österreich und der deutschen Nation zu erreichen.

Italiens Beitritt zum Anti-Kominternpakt am 6. November 1937, den das Deutsche Reich und Japan am 25. November 1936 abgeschlossen hatten²², warf auch für die österreichische Landesverteidigung Fragen auf. Die Operationsabteilung im Bundesministerium für Landesverteidigung entwarf einige Optionen, da von Italien und Deutschland die Frage des freien Durchmarsches durch Nordtirol bzw. Osttirol, Kärnten und Salzburg an Österreich herangetragen werden könnte.²³

²⁰ Bernd-Jürgen Wendt, *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes* (München 1987) 191-202; Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945* (Berlin 1986) 559-564; Erwin Schmidl, März 38. *Der deutsche Einmarsch in Österreich* (Wien 1987) 32 f.; vgl. Helmut Rumpler, *Ein ehemaliger Österreicher namens Adolf Hitler*. In: Othmar Karas (Hg.), *Die Lehre. Österreich: Schicksalslinien einer europäischen Demokratie* (Wien 1988) 75-95.

²¹ Beck war nur zur Unterzeichnung eines Kulturabkommens bereit gewesen. Als er am 1. Oktober aus Genf kommend in Wien Station gemacht hatte, hatte er die Hoffnungslosigkeit der Situation Österreichs erkannt, meinte aber irrigerweise, dass eine „Kapitulation“ Österreichs Europa einen „zwanzigjährigen Frieden“ retten könnte. – Józef Beck, *Dernier rapport. Politique polonaise 1926-1939* (Neuchâtel 1951) 141; Henryk Batowski, *Austria i Sudety 1919-1938 [Österreich und die Sudeten 1919-1938]* (Poznań 1968). Schuschnigg erinnerte sich 1947 an eine pessimistische Stellungnahme: „Über Polen berichtete Schmidt nach seiner Rückkehr aus Warschau, dass dort eine starke deutsche Einflussnahme zu bemerken sei und für Österreich nur geringes Interesse bestünde.“ – Hochverratsprozeß Schmidt, 434.

²² Renzo de Felice, *Betrachtungen zu Mussolinis Außenpolitik*. In: *Saeculum* 24/4 (1973) 314-327.

²³ Generalstabschef FMLt. Alfred Jansa verlangte bereits am 27. November 1937 in einer Notiz auf dem Mantelbogen, folgende konkrete Arbeiten sogleich in Angriff zu nehmen: „1.) genaue Untersuchung, was durch Zerstörungen in Tirol-Salzburg-Kärnten technisch-theoretisch erreicht

Grundsätzlich sahen die Autoren des „Amtsvortrages“ durch die Verbindung Japans mit der Achse Berlin-Rom sowohl die Sowjetunion als auch Frankreich und die Tschechoslowakei in ihrer strategischen Gesamtlage geschwächt. Die UdSSR müsste im Konfliktfall erhebliche Kräfte in Ostasien bereitstellen (Randnotiz von Feldmarschalleutnant Alfred Jansa: „Und Amerika?“), Frankreich sei in der Luft und zur See Deutschland und Italien unterlegen. Großbritannien müsste sich ebenfalls mehr auf seine Empire-Interessen in Asien konzentrieren.²⁴ Die Begehrlichkeit Rumäniens auf Bessarabien und Polens auf die Ukraine könnten beide Staaten veranlassen, „die Sache Roms und Berlins zu ihrer zu machen“. Österreichs Landesverteidigung rechnete also mit einer von Deutschland wie Italien gestellten Forderung nach freiem Durchmarsch durch Nordtirol, außerdem mit der Forderung nach freier Benützung der Linie Tarvis-Villach-Tauernbahn-Salzburg. Österreich müsste sich zuerst entscheiden, weiterhin neutral zu bleiben²⁵ oder sich den Achsenmächten anzuschließen. Im Falle der Neutralität hätte Österreich eine Garantie seiner Unabhängigkeit zu verlangen, ebenso die weitere Hoheit über seinen Bahnverkehr und dass keine fremde Truppen in Österreich stationiert blieben. Für einen Anschluss Österreichs an das Bündnis Deutschlands mit Italien sollten neben der Garantie der Unabhängigkeit auch die Angliederung Südtirols sowie der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an der Nordgrenze Österreichs [sic!], das freie Verfügungsrecht über das Bundesheer, eine militärische Unterstützung gegen Jugoslawien und die Unterstützung mit modernem Kriegsgerät (Artillerie, Flugzeuge, Kampfswagen, Flieger- und Panzerabwehrwaffen) verlangt werden. Ja, im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung dachte die Operationsabteilung sogar an eine Offensive gegen die Tschechoslowakei [sic!]. – Andererseits, im Falle eines geplanten Widerstandes Österreichs gegen einen deutsch-italienischen Durchmarsch, dachte man im westlichen Teil des Bundesgebietes an „die nachdrücklichste Zerstörung aller nennenswerten durchlaufenden Kommunikationen“: entlang der Brenner- und Tauernbahn sowie entlang der Linien Reschenscheideck-Landeck-Imst-Leermoos-Reutte-Füssen, Innsbruck-Seefeld-Scharnitz, Innsbruck-Kufstein, Jenbach-Achenpass, Sillian-Lienz-Großglockner-Bruck-Saalfelden-Lofer-Steinpass und Tarvis-Villach-

werden könnte [...]. 2.) Was muss hiezu personell u. materiell über das bereits vorgesehene vorbereitet werden [...] 3.) Genaues Studium der Angriffsmöglichkeiten auf die Tsch. [echoslowakei]... Alle vorgenannten Arbeiten dürfen die Fertigstellung der laufenden Arbeiten DR u T + Ju nicht verzögern.“ (ADÖ 12/1802)

²⁴ Randnotiz Jansas: „Das Gros der engl. Flotte wird immer im Mittelmeer gemeinsam mit der französ. zu finden sein; das Mittelmeer ist Engl. Schlagader! Die Flotte ist stark genug, um die deutsche in der Nordsee einzuschließen und gegen Japan mit Holland und Amerika gemeinsam zu halten bis Ital. niedergerungen ist.“ Vgl. Steiner, *The Triumph*, 114.

²⁵ Zur Geschichte und Problematik des Neutralitätsgedankens in Österreich 1918-1938 vgl. Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955* (Wien – Köln – Graz 2005) 241-252.

Lend-Bischofshofen-Salzburg. Und der Operationsplan enthielt auch schon die genaue Zahl an Offizieren, Soldaten und Sprengstoff, um die entsprechenden Sperren und Sprengungen durchzuführen (ADÖ 12/1802).²⁶

Da in der Auslandspresse immer wieder Gerüchte über die angebliche Aufdeckung „weitverzweigter“ NS-Organisationen innerhalb des österreichischen Bundesheeres kursierten, „als ob die österr. Staatsführung nicht oder unzureichend mit der vaterländischen Gesinnung und der Verlässlichkeit der Wehrmacht rechnen könnte“, gab Schuschnigg dem Gesandten Hornbostel noch am 22. Dezember 1937 den Auftrag, einen Zirkularerlass an die Auslandsvertretungen hinauszugeben: „[...] Demgegenüber kann auf Grund der amtlichen Erhebungen festgestellt werden, dass die oben angedeuteten Gerüchte phantastische und böswillige Übertretungen der, in Zusammenhalt mit der Stärke der Wiener Garnison von ca. 15.000 Mann, recht unbedeutenden, Tatsachen darstellen, dass vor einigen Wochen dank der Wachsamkeit eines Subalternoffiziers das Bestehen einzelner nationalsozialistischer Zellen unter den Mannschaftspersonen und im Unteroffiziersstande in der Gesamtstärke von insgesamt bloß 27 Personen aufgedeckt wurde.“²⁷ [...] Die Gesandten sollten insbesondere darauf hinweisen, dass „kein einziger Offizier in diesem Zusammenhange belastet erscheint und dass Gesinnung, Geist und Haltung der österreichischen Wehrmacht erwiesenermaßen über jeden Zweifel erhaben ist.“ (ADÖ 12/1825)

In der internationalen Diplomatie traute man weder Hitler noch Mussolini. Der jugoslawische Gesandte in Paris, Božidar Purić, später Generalsekretär im Belgrader Außenministerium und 1943/44 Ministerpräsident der jugoslawischen Exilregierung, äußerte sich Anfang November gegenüber seinem österreichischen Kollegen Alois Vollgruber recht pessimistisch über die weitere Entwicklung der allgemeinen Lage. Die vom Generalsekretär am Quai d'Orsay, Alexis Léger, initiierte Idee des Abschlusses eines Beistandspaktes der Kleinen-Entente-Staaten bezeichnete Purić geradeheraus als „Wahnsinnstat“, da sie einer Provokation Deutschlands und Italiens gleichkäme. Als Argument verwende Léger stets das

²⁶ Tatsächlich ließ die österreichische Regierung im Herbst 1937 Grenzbefestigungsarbeiten an der tschechoslowakischen, jugoslawischen, italienischen und deutschen Grenze durchführen, die Straßensicherungen und –sperren einschlossen. – ADÖ 12/1821, 1834; knapp vor Weihnachten informierte Jansa auch den deutschen Militärattaché, Generalleutnant Wolfgang Muff. – ADÖ 12/1827.

²⁷ Tatsächlich wurden am 17. und 18. November 52 Offiziere und Soldaten eines österreichischen Regiments festgenommen, die eine NS-Zelle gebildet hatten. Zur Frage der Verlässlichkeit des Bundesheeres vgl. Schmidl, März 38, 47-57. Als der steirische SA-Brigadeführer Sigfried Uiberreither, der spätere Gauleiter und Reichsstatthalter, knapp vor dem „Anschluss“ Oberstleutnant Julius Ringel, im März 1938 Führer der Gaugruppe Süd des Nationalsozialistischen Soldatenrings – im Weltkrieg General der Gebirgstruppen, fragte, ob er auf die SA schießen werde, wenn er dazu den Befehl erhalte, erhielt er die offene Antwort: „Wenn ein Soldat einen Befehl bekommt, dann befolgt er auch diesen Befehl.“

Argument, „Herr Mussolini [habe] Österreich ja doch schon aufgegeben.“ (ADÖ 12/1797)²⁸

Auch der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš blieb skeptisch. In Bezug auf die sudetendeutsche Frage wollte er auswärtigem Druck nicht nachgeben, wie er gegenüber seinem langjährigen Gesprächspartner, dem Gesandten Ferdinand Marek, am 15. November betonte. Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, habe ihn schriftlich aufgefordert, „die Theorie vom Nationalstaat zu widerrufen und zuzustimmen, dass die Tschechoslowakei ein Nationalitätenstaat sei“. Beneš versuchte sich herauszureden, dass zwar Ministerpräsident Karel Kramář 1918/19 den Begriff „Nationalstaat“ verwendet hätte, er selbst aber in der Nationalversammlung gegen die Aufnahme der Worte „Nationalstaat“ und „Staatsprache“ in der Verfassung gesprochen habe. Die Sudetendeutschen wie die Slowaken verlangten eine „Autonomie“, ohne den Begriff definieren zu können. „Wenn die Deutschen sagen, sie machen 21 % der Bevölkerung in der Tschechoslowakei aus, so verstehe es Dr. Beneš, wenn sie in Allem einen 21 %igen Anteil verlangen. Wenn sie sagen, dass in dem oder in jenem Bezirk eine Minoritätenschule sein müsse oder keine sein dürfe, so verstehe das der Präsident auch. Kurz und gut, die Politik müsse sich um Konkretes drehen und nicht um abstrakte Begriffe.“²⁹ – Beneš wollte im Übrigen nicht glauben, dass irgendein verantwortungsbewusster Mensch in Europa einen Krieg heraufbeschwören wolle, „der das Schrecklichste wäre, was die Welt jemals erlebt hat“. Die Tschechoslowakei sei „zu jeder Kollaboration bereit“ und wolle „nie etwas machen, was von Seiten des größten Nachbarn [...], dem Deutschen Reich, berechtigter Weise als gegen Deutschland gerichtet aufgefasst werden könnte. Er wolle, was immer auch geschehe, gegen Deutschland loyal und ehrlich vorgehen.“³⁰ – Loyal und ehrlich waren zwei Lieblingswörter Beneš', freilich wurden sie ihm weder in Berlin und Wien, noch in Warschau und Budapest abgenommen. Dennoch hoffte der Präsident auf eine Détente zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland, worin ihn auch der deutsche Gesandte Eisenlohr bestärkte. Aber Marek bezweifelte, ob dem Optimismus Eisenlohrs reale Tatsachen zugrunde lagen (ADÖ 12/1803).

Am 20. November 1937 besuchte Lord President Halifax Hitler auf dem Berghof am Obersalzberg bei Berchtesgaden (ADAP D I, Dok. 31). Nach seiner Tagebuchaufzeichnung habe Halifax zu Hitler gesagt, dass Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig „in die Kategorie möglicher Änderungen der europäischen

²⁸ Vgl. Bogdan Krizman, *Vanjska politika jugoslavenske države 1918-1941. Diplomatsko-historijski pregled* [Die Außenpolitik des jugoslawischen Staates 1918-1941 Diplomatisch-historischer Überblick] (Zagreb 1975) 83-85; Jacob B. Hoptner, *Yugoslavia in Crisis, 1934-1941* (New York and London 1962).

²⁹ Vgl. Jaroslav Kučera, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938* (München 1999).

³⁰ [Edvard Beneš] *An Active and Responsible Czechoslovak Statesman, Germany and Czechoslovakia, I-II* (Prague 1937); vgl. Igor Lukes, *Czechoslovakia between Stalin and Hitler: The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s* (New York 1996).

Ordnung“ fielen, „zu denen es im Laufe der Zeit wohl kommen könne“. Hitler habe geantwortet: „Deutschland wünsche Österreich nicht zu annektieren oder in politische Abhängigkeit zu bringen – sein Bestreben sei es, mit friedlichen Mitteln eine umfassende Wirtschafts-, Kultur-, Handels- und möglicherweise Geld- und Währungsunion mit Österreich herbeizuführen und in Österreich eine Regierung vorzufinden, die gegenüber Deutschland wirklich freundschaftlich eingestellt und bereit sei, zum gemeinsamen Nutzen beider Zweige der germanischen Rasse Hand in Hand zu arbeiten.“³¹ – Nicht einmal Botschafter François-Poncet konnte Wesentliches aus dem mehrstündigen Gespräch in Erfahrung bringen. Der US-Geschäftsträger erfuhr von Reichsaußenminister Neurath, dass über eine allfällige Restitution ehemaliger deutsche Kolonien gesprochen worden sei. Hitler selbst betonte am Tage nach der Unterhaltung mit Halifax vor der NSDAP-Ortsgruppe Augsburg, dass das Wesentliche sei, „dass Deutschland gegenwärtig eine neue und starke Armee besitzt und dass es sich von seinem Minderwertigkeitskomplex befreit hat“ (ADÖ 12/1808). Eine Artikelserie im Londoner *Observer* zum Zeitpunkt des Halifax-Besuches befürwortete die Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, „weil sie der Schlüssel zum Weltfrieden sei“. Der Herausgeber James Louis Garvin sprach in einem Leitartikel direkt aus, „dass der Prozess deutscher Einigung noch nicht zu Ende geführt sei und das unverrückbare Ziel Hitlers, des Propheten des größeren Deutschlands, bilde [...]. Die Eingliederung Österreichs in irgendein System engerer Einheit mit den anderen Deutschen sei nicht weniger natürlich und unvermeidlich als der Zusammenschluss der deutschen Staaten unter Bismarcks Führung. Ohne eine Wiedervereinigung mit der Masse ihres Volkes hätten die Österreicher keine große und sichere Zukunft. Diese bedeutungsvolle Frage müsse zwischen den Deutschen selbst entschieden werden. Großbritannien habe damit nichts zu tun.“ Eine Einmischung oder gar ein Krieg wegen Österreichs würde im Übrigen von den Dominien nicht gebilligt werden. Garvin bezeichnete schließlich die Tschechoslowakei „als einen unnatürlichen und unhistorischen Staat, für dessen Erhaltung Großbritannien auf gar keinen Fall zu den Waffen greifen würde.“ Der *Manchester Guardian* veröffentlichte am 22. November einen Bericht seines Berliner Korrespondenten, in dem dieser erklärte, „die deutschen maßgebenden Kreise seien zur Überzeugung gekommen, dass der Anschluss nur eine Frage der Zeit sei, wobei die schrittweise Aufsaugung Österreichs den sichersten und besten Weg bilde“. Die allgemeine europäische Lage werde für diesen Plan als sehr günstig angesehen, auch Frankreich könne und wolle gegen eine friedliche Aufsaugung Österreichs durch Deutschland nicht intervenieren (ADÖ 12/1805).

Der angesehene Langzeit-Gesandte Österreichs in London, Georg Franckenstein, bestätigte, dass Garvins These „derzeit seitens der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – wenn diese befragt würde – Billigung fände“. Nicht nur in der

³¹ Ian Kershaw, Hitler 1936-1945 (Darmstadt 2000) 111; Steiner, *The Triumph*, 338 f.

Bevölkerung sondern auch bei Verbänden früherer Kriegsteilnehmer herrsche „eine fanatische Abneigung gegen jeden Krieg“. Hohe britische Generäle verwiesen jedoch auf das gewaltige Übergewicht der britisch-französischen Flotten gegenüber der italienisch-deutschen und vertrauten auf die immer enger werdende Interessengemeinschaft der beiden angelsächsischen Reiche. Die Briten mit ihrem „Bulldog-Charakter“ würden auch nicht gegenüber allfälligen Luftangriffen nachgeben. Entgegen der veröffentlichten Meinung betrachte das britische Kabinett – so glaubte es jedenfalls Franckenstein zu wissen – „die Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs auch weiterhin als Axiom der europäischen Politik“ (ADÖ 12/1806). Knapp vor Weihnachten 1937 meinte Franckenstein allerdings, dass vor 1940, wenn „die ersten der großen Schlachtschiffe in den Dienst gestellt werden und die Modernisierung der Luftflotte beendet sein wird, kaum mit einem energischen Vorgehen der englischen Regierung zu rechnen [sei], und bis dahin wird sich Europa nolens volens mit dem ‚Völkerbundstatut‘ begnügen müssen“.³²

Staatssekretär Schmidt glaubte am 23. November 1937 noch, mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring – seit September 1936 als Beauftragter für den Vierjahresplan zweifellos der zweimächtigste Mann im Deutschen Reich – einen modus vivendi finden und einen Jagdbesuch Görings in Tirol arrangieren zu können, dem auch Schuschnigg zugestimmt hatte. Als inhaltliche Schwerpunkte eines Gedankenaustausches schlug Schmidt die folgenden Punkte vor (ADÖ 12/1807):

- 1) Das Juliabkommen 1936 habe sich bewährt; Österreich werde keine Gelegenheit außer Acht lassen, „um für die Schicksalsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten einzutreten“.
- 2) Als erster sichtbarer Schritt der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sollte Göring als ehemaligem Offizier des verbündeten kaiserlichen Heeres im Weltkrieg und nunmehrigem Generalobersten der neuen deutschen Armee eine Gebirgsübung des österreichischen Bundesheeres vorgeführt werden. Bundeskanzler Schuschnigg würde bei dieser Gelegenheit auch Fragen betreffend Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Armeen erörtern.
- 3) Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen könnte Göring die Ergebnisse der mit Legationsrat Clodius in Wien geführten Gespräche der Öffentlichkeit mitteilen.

³² Ges. Franckenstein an BKA/AA, London, 22. Dezember 1937, ADAP D I, Dok. 274. Das Archiv des Auswärtigen Amtes enthält eine große Anzahl österreichischer Dokumente, die der Wilhelmstraße auf illegale Weise zugänglich wurden. Häufig sind zwei Exemplare vorhanden, von denen das eine aus Wien stammte und das andere aus der Hauptstadt, an die das Schriftstück gerichtet war. Die österreichischen Dokumente sind gewöhnlich mit einem Begleitschreiben versehen: entweder von der deutschen Gesandtschaft in Wien oder von der Geheimen Staatspolizei in Berlin.

4) Nachdem sich Hitler am 11. Juli 1936 „in aller Form zur Nichteinmischung in die innerpolitischen Fragen Österreichs“ bekannt hatte, wäre es eine Erleichterung, „wenn die nationalen Kreise Österreichs, die ihre Sympathie für den Reichskanzler und für das Deutsche Reich sowie für den Nationalsozialismus im Deutschen Reich zum Ausdruck bringen, nicht unter einem ihre Antipathie gegen Österreich und die österreichische Staatsführung bekunden würden“.

Da Göring Schmidt die Annahme einer Einladung zu einem Jagdbesuch in Österreich in Aussicht gestellt und Schmidt offensichtlich entsprechende Vorbereitungen hatte treffen lassen, sprach der Staatssekretär auch die Nachteile einer eventuellen Absage an. Die Formulierungen Schmidts waren auch im diplomatischen Gebrauch viel zu entgegenkommend, um nicht zu sagen unterwürfig (ADÖ 12/1807). Dies konnte der „Reichsjägermeister“ Göring von seinem übersteigerten Selbstbewusstsein her nur missverstehen. Bereits am 6. November hatte er Schmidt in Carinhall eine Landkarte gezeigt, auf der die Grenzen zwischen Deutschland und Österreich bereits verschwunden waren. Ob dieser „private“ Besuch Schmidts den Intentionen Schuschniggs entsprach, muss bezweifelt werden.³³

Am selben Tag erschien im Pariser Organ der Regierungspartei, *République*, ein Artikel, „in dem mit großem Nachdruck die Auffassung vertreten wurde, Frankreich habe alles Interesse daran, Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei und Österreich vollkommen freie Hand zu lassen“. Auf Befragung des Außenministers im Auswärtigen Ausschuss der Kammer, betonte Yvon Delbos hingegen, dass „die österreichische Regierung und das österreichische Volk, die unter widrigen Verhältnissen bewunderungswürdigen Mut und Widerstandskraft bekunden, [...] nicht nur der weitestgehenden Sympathien und der vollkommenen moralischen Unterstützung der französischen Regierung sicher sein [könnten]“ (ADÖ 12/1809). Sowohl konservative als auch kommunistische Abgeordnete verlangten von der Regierung, „die unbedingte Unabhängigkeit Österreichs gewahrt zu sehen“. Sie wiesen hierbei auf die Verpflichtungen Frankreichs und Englands aus den Genfer Protokollen 1922 (ADÖ 4/707) und die Gegnerschaft Frankreichs und Englands gegen die 1931 geplante deutsch-österreichische Zollunion (ADÖ 7/1077, 1078, 1088) hin. Delbos wurde auch gefragt: „Sind Sie, Herr Minister, so wie wir der Auffassung, dass für Frankreich und England heute wie nur je eine unbedingte Verpflichtung zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs besteht?“ Und Delbos habe erwidert: „Das ist absolut auch meine Meinung.“³⁴ (ADÖ 12/1810)

³³ Thamer, *Verführung und Gewalt*, 571. Parallel zur Diskussion über eine Jagdeinladung für Göring gesellte sich die Frage einer angeblichen Jagdeinladung Stojadinović' für Schmidt. – ADÖ 12/1813, 1814, 1818. Sogar Präsident Beneš überlegte, Schmidt zur Jagd in den Tierpark Lana einzuladen. – ADÖ 12/1816, 1820.

³⁴ Vgl. Thomas Angerer, *Kontinuitäten und Kontraste der französischen Österreichpolitik 1919-1955*. In: Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Hg.), *Von*

Noch am 23. Dezember hatte Außenminister Delbos nach seiner dreiwöchigen Reise durch Ostmitteleuropa – von Berlin über Warschau, Bukarest, Belgrad und Budapest nach Prag³⁵ – im Außenausschuss der Kammer ein Exposé gegeben: Die Idee einer Organisierung des Donaupraumes in Form eines „Donaupaktes“ habe überall eine sympathische Aufnahme gefunden. Allerdings habe er „hie und da einmal auch Besorgnisse bezüglich der Widerstandskraft Österreichs äußern hören“. Während der polnische Außenminister Beck von dieser „nicht viel“ halte, habe Delbos in Prag „so dezidierte Äußerungen über die Schicksalsverbundenheit der Tschechoslowakei mit Österreich gehört, dass er darüber geradezu erstaunt gewesen sei“. Im Übrigen habe Delbos überall vom „scharfen Gegensatz zum Kommunismus und zum Komintern“ gehört, habe aber Verständnis für die Aufrechterhaltung des französisch-russischen Vertrages vorgefunden (ADÖ 12/1828, 1831).

Zwischen dem 22. und 25. November 1937 hatten der ungarische Ministerpräsident Kálmán Darányi und Außenminister Kálmán Kánya einen offiziellen Besuch in Berlin abgestattet. Hitler wollte vor allem die Haltung Ungarns in der Anschlussfrage ausloten, aber auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakei. Dafür bot er den ungarischen Herren die gesamte Slowakei einschließlich der Karpato-Ukraine an. Als ihnen Göring auf seinem pompösen Landsitz Carinhall eine angebliche geheime österreichisch-ungarische Übereinkunft für gegenseitige bewaffnete Hilfeleistung vorhielt, wiesen die ungarischen Politiker eine solche Behauptung entschieden zurück. Auf die Frage Darányis und Kányas nach der Rolle der ungarndeutschen Minderheit erklärte Göring: „Es ist eine hirnerbrannte Idee zu glauben, dass sich Hitler auch mit der Einverleibung Ungarns beschäftigt.“ – Das Wörtchen „auch“ verriet freilich die Stoßrichtung der Berliner Außenpolitik. – Schließlich beschlossen beide Seiten, ihre Generalstabspläne für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zu koordinieren. Noch im Dezember 1937 sandte Reichsverweser Miklós von Horthy eine Botschaft an Hitler, dass es für den Fall eines deutsch-österreichischen Konflikts keine österreichisch-ungarische oder österreichisch-ungarisch-tschechoslowakische Vereinbarung gebe und dass er zustimme, dass Österreich zu Deutschland gehören sollte.³⁶

Anfang Dezember sprach Staatssekretär Schmidt vor den politischen Leitern der „Vaterländischen Front“ über seine Auslandsreisen nach Berlin und Warschau. Besonders sein Besuch der internationalen Jagdausstellung in Berlin, wozu er

Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955 (Wien – München 2007) 129-157.

³⁵ Vuk Vinaver, Jugoslavija i Francuska između dva svetska rata [Jugoslawien und Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen] (Beograd 1985) 360 f.

³⁶ Gyula Juhász, Hungarian Foreign Policy 1919-1945 (Budapest 1979) 132; Steiner, *The Triumph*, 372 f.; vgl. György Ránki, *Economy and Foreign Policy: The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley, 1919-1939* (Boulder, Col., and New York 1983).

von Göring eingeladen worden war, hatte offensichtlich Irritationen ausgelöst. Schmidt skizzierte sodann drei Wege für den Erhalt der Unabhängigkeit Österreichs: „Gegen Deutschland, indifferent mit Deutschland, in Freundschaft mit Deutschland.“ Da der erste Weg nicht in Frage komme, die Schattenseiten des zweiten allen bekannt seien, „wäre es wünschenswert, wenn wir in die dritte Form zwischenstaatlichen Lebens mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen“. Auch Göring sei klar, dass Italien keinen „Anschluss“, nicht einmal eine Annäherung Österreichs an Deutschland und schon gar keine Gewaltlösung wolle (ADÖ 12/1815). Noch war Hitler gegen eine „Brachiallösung“ in der österreichischen Frage, während sein außenpolitischer und propagandistischer Apparat bereits intensiv an einer Isolierung Österreichs arbeitete.

Botschafter von Papen berichtete Hitler am 21. Dezember von einer Aussprache mit Schuschnigg und Schmidt, in der er ihnen die außenpolitische Gesamtlage darzulegen versuchte:

„Das Deutsche Reich stände [recte: stehe] in einem Prozess von größter geschichtlicher Tragweite. Der Führer versuche unter Anspannung der besten und letzten Kräfte des Reiches und unter Ausnutzung der gegenwärtigen Weltlage die Weltstellung des Reiches wieder herzustellen. In diesem Prozess müsse Deutschland mehr als eine nur passive Unterstützung Österreichs verlangen; es müsse verlangen, dass Österreich diesen Kampf des gesamten Deutschtums um seine Existenz aus innerster Anteilnahme überall dort unterstütze, wo es nach Lage der Dinge möglich sei. [...] Sowohl in der Spanienangelegenheit, wie in der Bekämpfung des Bolschewismus im Antikominternpakt und in der Stellungnahme zum Problem des Völkerbundes sei es [= Österreich, A. S.] seine eigenen Wege gegangen. Anstatt auf dem Weg einer evolutionären Entwicklung auf dem Gebiete der Kultur, der Wehrmacht und der Wirtschaft ein enges freundschaftliches Verhältnis herzustellen, gehe es nicht um den Bruchteil eines Meters zu weit vor, aus Sorge, das Missfallen der Westmächte zu erregen.“ (ADAP D I, Dok. 273)

Bundeskanzler Schuschnigg wies Papen darauf hin, „dass der Juliputsch österreichischerseits fast liquidiert sei, denn in den Gefängnissen säßen nur noch 45 Personen, und das einzige Konzentrationslager [sic!] Wöllersdorf enthalte 105 Insassen“.³⁷ Schuschnigg räumte „eine starke Radikalisierung sowohl des rechten und linken Flügels, wie der Vaterländischen Front“ ein, wies Papen aber deutlich darauf hin, dass ein Versuch, „die österreichische Frage mit Gewalt zu lösen“, „auf erheblich stärkeren Widerstand“ als 1934 stoßen und Österreich als „Trümmerhaufen zurücklassen“ werde (ADAP D I, Dok. 273). – Diese Prophezeiung Schuschniggs trat zwar im März 1938 nicht ein, wohl aber auf andere Weise im Mai 1945.

³⁷ Das „Anhaltelager“ Wöllersdorf im südlichen Wiener Becken war in keinerlei Hinsicht mit den NS-Konzentrationslagern zu vergleichen.

Schwächelnder Zusammenhalt der Staaten der „Römer Protokolle“

Ministerpräsident Hodža war nach seinem letzten Besuch bei Schuschnigg Ende September 1937 in Baden bei Wien (ADÖ 11/1779) offensichtlich stark daran interessiert, den Gesprächsfaden nach Wien nicht abreißen zu lassen. Über den Gesandten Marek ließ er Schuschnigg ausrichten, in der ungarischen Außenpolitik ein gewisses Schwanken zwischen Berlin und dem Donaauraum zu beobachten. Für ihn würde „jede Annäherung im Donaauraum eine Lockerung der tschechoslovakischen Bindungen an Sowjetrußland bedeuten“. Er wünschte sich daher ein „Danubian Gentlemen Agreement“ (ADÖ 12/1819). Schuschnigg ließ Hodža noch am 23. Dezember übermitteln, dass „durch die jüngsten Fühlungen Budapests mit Berlin eine gewisse Versteifung“ in den Kontakten Ungarns zu den Donaustaaten eingetreten sein dürfte (ADÖ 12/1826). Am 5. Januar 1938 abends bat Hodža den österreichischen Gesandten zu sich und ließ den erfahrenen Diplomaten folgende Fragen an Schuschnigg weiterleiten:

- Sollten die Donaustaaten nicht an ein einheitliches Präferenzsystem denken?
- Die Tschechoslowakei möchte gemeinsam mit Frankreich ein „collectif settlement“ mit Deutschland erreichen. Wie würden sich Österreich, Ungarn und Italien dazu stellen?
- Hodža möchte mit der ungarischen Regierung weiter verhandeln. Hat sich Herr Kánya „von den Berliner Inspirationen gegen die Verhandlungen schon frei gemacht“? (ADÖ 12/1838).³⁸

Als Italien am 11. Dezember 1937 aus dem Völkerbund austrat, signalisierte es damit eine weitere Entfremdung gegenüber den Westmächten und eine zunehmende Annäherung an Hitler-Deutschland. Noch dazu hatte Rom seine Partner in Wien und Budapest nicht vorinformiert (ADÖ 12/1817). Nun galt es, die nächste Konferenz der Staaten der „Römer Protokolle“ in Budapest vorzubereiten; der ungarische Außenminister Kánya sandte noch vor Weihnachten 1937 Programmvorschläge nach Rom und Wien: Außenminister Ciano sollte die italienische Einstellung zur Achse Rom-Berlin sowie zu Frankreich, England und Amerika erläutern, auch zum Antikominternpakt. Da weder Ungarn noch Österreich an einen Beitritt zum Antikominternpakt oder an einen Austritt aus dem Völkerbund dächten, sollten sich Budapest und Wien einen „Fortschritt“ in Richtung Anerkennung des Franco-Regimes überlegen. Schmidt bevorzugte aber, vorläufig bei einer de-facto-Anerkennung zu bleiben.³⁹ Kánya selbst wollte einen Vortrag über

³⁸ Erst am 25. Januar 1938 teilte der Gesandte Hoffinger seinem Kollegen Marek mit, dass sich eine Angleichung von Präferenzsystemen nicht „aus dem Ärmel schütteln“ lasse, dass ein „collectif settlement“ mit Deutschland, Frankreich und der Tschechoslowakei nicht vorstellbar und dass das Verhältnis der Tschechoslowakei und Ungarns zum Deutschen Reich so grundverschieden sei, dass hier kein Parallelismus in Frage käme. – ADÖ 12/1864.

³⁹ Ende Dezember 1937 befanden sich noch etwa 80 Österreicher in Madrid, rund 75 in Barcelona und noch einige in Katalonien in der Provinz sowie in Valencia. Bei einer de-iure-Anerkennung

die Beziehungen Ungarns zur Kleinen Entente halten. Erstaunlicherweise dachte er jedoch vorerst nicht daran, sich zu den deutsch-ungarischen Beziehungen zu äußern (ADÖ 12/1822, 1829).

Ebenso erstaunlich war der Bericht des Gesandten Lothar Wimmer aus Belgrad, dass gemäß Mitteilung des *Ministre-adjoint* Ivo Andrić, die jugoslawische Regierung von einer Großmacht aufmerksam gemacht worden sei, dass die österreichische Regierung, „um die Nationalsozialisten zu konterkarieren, der monarchistischen Propaganda freien Lauf lasse“. Daher sollten während des Treffens der Staaten der Römer Protokolle in Budapest monarchistische Versammlungen und andere legitimistische Kundgebungen in Wien stattfinden (ADÖ 12/1836). Allein die Mitteilung zeigte, dass die Restaurationsphobie in Belgrad noch immer tief saß.⁴⁰ Der Ballhausplatz sandte zwar umgehend ein beruhigendes Telegramm nach Belgrad (ADÖ 12/1837), aber am 11. Januar gab es in Wien, Graz und Villach tatsächlich legitimistische (also monarchistische) Demonstrationen unter dem Slogan „Für ein unabhängiges Österreich“, die jedoch von NS-Gegendemonstranten gestört wurden. Mittlerweile feilten die Diplomaten in Rom, Wien und Budapest weiter an einer gemeinsamen Erklärung für die Budapester Konferenz. Besonders Kánya war wütend über einige italienische Vorschläge (ADÖ 12/1842). Der österreichische Entwurf versuchte eine ausgleichende Linie zu finden, betonte aber besonders die Anerkennung der Unabhängigkeit aller drei Staaten der Römer Protokolle und den Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen (ADÖ 12/1843). In der definitiven Fassung der gemeinsamen Budapester Erklärung vom 12. Januar 1938 hieß es dann: „Die Vertreter Österreichs haben ihre Politik, die sie auf dem Einklang der Grundsätze der Römer Protokolle und des österreichisch-deutschen Abkommens vom 11. Juli 1936 gründen, dargelegt.“ Und: „Die Vertreter Österreichs und Ungarns haben ihre eindeutig ablehnende Stellungnahme gegen den Kommunismus wiederholt und daher mit Sympathie den italienisch-deutsch-japanischen Antikomintern-Pakt [...] begrüßt.“ In einem Punkt aber mussten Budapest und Wien nachgeben: „Die Vertreter Österreichs und Ungarns haben dem Vertreter Italiens ihren Entschluss bekanntgegeben, an die formelle Anerkennung der Regierung des Generalissimus Franco als legitimer Regierung Spaniens und aller seiner Besitzungen und Kolonien zu schreiten.“ (ADÖ 12/1844)

Die Gespräche zwischen Schuschnigg und Schmidt mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Darányi und Außenminister Kánya sowie Außenminister Ciano waren offensichtlich nicht so einvernehmlich verlaufen. Zwar verlangte Italien „in keiner Weise“ den Beitritt Ungarns und Österreichs zum Antikominternpakt oder deren Austritt aus dem Völkerbund, aber Kánya hielt Ciano dessen Besuch

der Franco-Regierung gäbe es für diese österreichischen Staatsangehörigen in „Rotspanien“ wohl sehr ungünstige Rückwirkungen, mutmaßte der Gesandte Otto Günther. Und der Gesandte Wildner fügte hinzu, dass auch die drei österreichischen Honorarkonsuln in Madrid, Barcelona und Valencia gefährdet wären. – ADÖ 12/1823, 1824; vgl. Steiner, *The Triumph*, 181-251.

⁴⁰ Suppan, *Jugoslawien und Österreich, 1195-1201*.

in Belgrad und die Kontakte Italiens zu Rumänien – über Ungarn hinweg – vor.⁴¹ Österreich wiederum bereitete die „eheste Heimbeförderung der noch im republikanischen Spanien befindlichen 160 österreichischen Staatsangehörigen“ Sorge. Italien, das nach Angaben von Ciano noch 43.000 „Kämpfer“ in Spanien unterhalte, wolle dieses Kontingent zwar nicht verstärken, erwarte aber keine Konfliktlösung vor dem Frühjahr. Zur europäischen Gesamtlage wurde festgestellt, dass die französische Außenpolitik gegenwärtig durch die „innere Unkonsolidiertheit“ gelähmt sei und dass es auch in Mittel- und Osteuropa eine Reihe ungelöster Probleme gebe: das Verhältnis Ungarns zur Tschechoslowakei und Rumänien; das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis; die Beziehungen Deutschlands zur Tschechoslowakei; der Rüstungswettlauf der großen und kleinen Staaten, etc. Dennoch hoffte der österreichische Gesandte in Rom, der Heimatschutzfunktionär und ehemalige Außenminister Egon Berger-Waldenegg, „dass die psychischen und materiellen Hemmungen gegen bewaffnete Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinente so starke sind, dass in weit höherem Masse als es die Geschichte der Welt bisher gekannt hat, jeweils der Weg der friedlichen Beilegung und des Kompromisses beschritten werden wird.“ (ADÖ 12/1845) – Diese Hemmungen waren freilich nicht bei allen europäischen Staatsmännern vorhanden. Außerdem hatte die Budapester Konferenz Schuschnigg ziemlich deutlich signalisiert, dass er weder von Mussolini noch von Horthy nachhaltige Unterstützung gegenüber Hitler erwarten konnte. Nicht zuletzt in Washington wurde die Befürchtung geäußert, dass Österreich dem „zunehmend sich verstärkenden Druck“ der Rom-Berlin-Achse nicht gewachsen sein würde (ADÖ 12/1851).

Einer der schärfsten Analytiker in den Belgrader Regierungskreisen, Lazar Marković, hatte nach den Besuchen des Ministerpräsidenten Milan Stojadinović in Rom und des französischen Außenministers Delbos in Belgrad an der Jahreswende die provokante Frage gestellt: „Wo steht eigentlich Jugoslawien?“ Zwar hatte Stojadinović versichert, dass die Belgrader Regierung bei den bewährten Freundschaften und Allianzen verbleiben werde und dass die zu Deutschland und zu Italien geknüpften Bande nur zur Vermehrung der Sicherheit Jugoslawiens dienen sollten. Dennoch konstatierte Marković einen offenen Widerspruch zwischen der offiziellen Außenpolitik und derjenigen, die dem Volksgefühl und dem Volksempfinden entspräche – nämlich eine Außenpolitik im Völkerbund in Anlehnung an die großen westlichen Demokratien. Marković ahnte offensichtlich einen noch stärkeren Schwenk Stojadinović’ in Richtung Berlin.⁴² Als dieser Mitte Januar

⁴¹ In diese Kerbe hieb auch der Manchester Guardian, der den Duce als „merkwürdigen Champion des Revisionismus“ bezeichnete (ADÖ 12/1850). Vgl. Magda Ádám, Gyula Juhász, Lajos Kerekes (Hg.), Allianz Hitler – Horthy – Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1933-1944 (Budapest 1966).

⁴² Dr. Lazar Marković, Minister a. D., Wo steht eigentlich Jugoslawien? Bemerkungen nach dem Delbos-Besuch, Arhiv Jugoslavije, zbirka Stojadinovića, F-34; Suppan, Jugoslawien und Österreich, 300.

1938 über Ungarn und die Tschechoslowakei (unter Ablehnung einer von der Prager Regierung angebotenen Reisebegleitung!) direkt nach Berlin fuhr, bereiteten ihm Hitler und Göring einen triumphalen Empfang, wie er bisher nur Mussolini zuteil geworden war. Vor allem wollte der Reichskanzler mit Stojadinović Jugoslawiens Haltung in der „Anschlussfrage“ klären, und das – wie der jugoslawische Gesandte Aleksandar Cincar-Marković in einem Verhör 1945 bestätigte – „besonders im Hinblick auf den vorliegenden Plan einer Besetzung Österreichs“.⁴³

Die entscheidende Besprechung fand am 17. Januar in der Reichskanzlei statt, an der neben Hitler, Göring und Stojadinović auch Neurath und Cincar-Marković teilnahmen. Zuerst konnte der jugoslawische Ministerpräsident drei, für Jugoslawien beruhigend wirkende Äußerungen des Reichskanzlers entgegennehmen:

- Deutschland habe weder an der Adria noch am Balkan territoriale Interessen, „seine Hauptinteressen seien wirtschaftlicher Natur“;
- Deutschland werde in Österreich keine Restauration der Habsburger zulassen, weil eine solche „ganz Mitteleuropa durcheinander bringen würde“;
- in der österreichischen Frage strebe Deutschland nicht über die Grenzen des heutigen Österreich hinaus, und daher achte es die Unverletzbarkeit der Grenzen Jugoslawiens – wie die Brenner-Grenze zwischen Deutschland und Italien [sic!].

Stojadinović versprach in seiner Antwort, „Jugoslawien werde niemals in einen antideutschen Pakt oder irgendeine antideutsche Kombination eintreten“ und betonte sein Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland. Schließlich traf er die für Hitler wesentlichste Feststellung:

„Jugoslawien [...] betrachtet die österreichische Frage als reine innere Angelegenheit des deutschen Volkes, und in der Habsburgerfrage nimmt es denselben Standpunkt wie Deutschland ein.“⁴⁴

Selbstverständlich rätselte die internationale und österreichische Diplomatie über allfällige Abmachungen zwischen Hitler und Stojadinović. Der großdeutsch orientierte Gesandte Stephan Tauschitz berichtete nach Wien, dass Hitler, Göring, Neurath und Goebbels dem jugoslawischen Regierungschef während seines acht-tägigen Aufenthaltes in Deutschland alles vorgeführt hätten, „was Zeugnis für die neuerstandene politische, wirtschaftliche Macht und die Wehrkraft des Reiches abzugeben vermag“. Dabei ließ „die Wärme und Herzlichkeit seiner Aufnahme [...] nichts zu wünschen übrig“. Göring habe den Gast sogar nach Carinhall eingeladen. Tauschitz registrierte auch, dass das Programm für Stojadinović deutlich umfangreicher gestaltet war als für die ungarischen Politiker Dáranyi und Kánya im November 1937, wobei vor allem Göring für eine entsprechende

⁴³ Milan Vanku, *Mala Antanta 1920-1938 [Die Kleine Entente]* (Titovo Užice 1969) 204.

⁴⁴ Gesprächsaufzeichnung MP Stojadinović, ergänzt durch Ges. Cincar-Marković, Berlin, 17. Januar 1938; Aufzeichnung RAM Neurath, Berlin, 17. Januar 1938, Arhiv Jugoslavije, zbirka Stojadinovića, F-24; Suppan, *Jugoslawien und Österreich*, 1214.

Aufstockung gesorgt habe. So gab es für Stojadinović zwei Opernaufführungen, eine Staatsjagd, einen Besuch der Kruppwerke in Essen und die Eröffnung einer Kunstgewerbeausstellung in München im Beisein Hitlers. Auch die mitgereisten 14 jugoslawischen Journalisten wurden zuvorkommend behandelt. Zwar vermutete Tauschitz richtig, dass Österreich „einen hervorragenden Platz auf dem Programm eingenommen“ habe, konnte aber – wie alle seine Kollegen und letztlich auch der Ballhausplatz (ADÖ 12/1863) – nicht ahnen, wie konkret bilaterale Zusicherungen gemacht worden waren (ADÖ 12/1853, 1858). Dass sowohl Deutschland als auch Jugoslawien eine Restauration der Habsburger bekämpfen würden, war keine Neuigkeit, wohl aber die Zusicherung Stojadinović’, einen allfälligen „Anschluss“ zu akzeptieren. Dazu passte die Information des österreichischen Generalkonsuls Jordan aus München, dass ein NSDAP-Funktionär aus der unmittelbaren Umgebung Hitlers in einem Privatgespräch erwähnt habe, „es werde im Frühjahr ‚ein Stoß gegen Österreich‘ unternommen werden“. (ADÖ 12/1860) Der britische Gesandte in Belgrad sah das Treffen Hitler–Stojadinović in Berlin gelassener: „The French had their day and now the Germans are having their day; and we can’t do anything else but watch them.“ Sein italienischer Kollege meinte hingegen, Hitlers Pläne seien derzeit friedlicher Art; „er sei augenblicklich vor allem Städtebauer“. (ADÖ 12/1870) Lediglich der polnische Gesandte in Berlin, Jozef Lipski, spürte, dass seit Stojadinović’ Besuch „der Appetit Deutschlands auf Österreich sichtlich gewachsen“ sei (ADÖ 12/1874). Erst nach einem Monat präzisierte der Ministerpräsident den jugoslawischen Standpunkt gegenüber dem französischen Gesandten in Belgrad: Jugoslawien könne nicht protestieren, „wenn Österreich und seine legale Regierung keinen Willen zeigen, seine Unabhängigkeit zu verteidigen“, und wenn sich die Anschlussfrage „auf der Basis des Prinzips der Nationalität“ bewege und „auf dem Recht des Volkes, sein Schicksal zu bestimmen“. ⁴⁵

Als Botschafter François-Poncet beim Neujahrsempfang am 11. Januar 1938 gegenüber dem Reichsaußenminister die Erwartung ausgesprochen hatte, „dass es im Jahre 1938 hoffentlich keine Wochenendüberraschungen geben werde“, zeigte sich Neurath – der ja am 5. November 1937 Hitlers Pläne persönlich gehört hatte – bezüglich Österreich sehr besorgt. Auf Rückfrage von Tauschitz bestätigte Neurath seine Besorgnis: Die innenpolitische Befriedung ginge zu langsam oder gar nicht vor sich, die Vertreter des (deutsch)nationalen Lagers, Edmund Glaise-Horstenau und Arthur Seyß-Inquart, kämen nicht weiter, die Nationalsozialisten dürften sich nicht rühren (ADÖ 12/1861). Im Gegenzug sprach Tauschitz gegenüber Neurath die Frage der „österreichischen Legion“ an. Darüber zeigte sich der Außenminister wenig informiert und bemerkte lediglich, dass mittlerweile

⁴⁵ Stojadinović an Gesandten Purić in Paris, 21. Februar 1938, Arhiv Jugoslavije, zbirka Stojadinovića, F-24; Suppan, Jugoslawien und Österreich, 1214 f.; Ges. Heeren, Belgrad, an AA, 22. Februar 1938, ADAP D I, Dok. 321.

bereits „sehr viele Leute in allerlei Zivilberufe überführt“ worden seien (ADÖ 12/1841). Daraufhin ersuchte Tauschitz Wien um Informationsmaterial, das er vom Gesandten Max Hoffinger, dem mittlerweile neben Hornbostel wichtigsten Außenamtsbeamten, prompt erhielt: mit genauer Angabe der Lager der österreichischen Legion, Informationen über die militärische Ausbildung und die Anwerbung durch die SS, die die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft erleichterte (ADÖ 12/1862). Am 29. Januar präsentierte Tauschitz dieses Material Neurath, der freilich meinte, die Männer seien bereits „derart ausgesiebt“, dass die übriggebliebenen 4000 Mann keine militärische Bedeutung hätten (ADÖ 12/1869). Legationsrat Seemann teilte Tauschitz drei Wochen später mit, dass eine Reihe von Lagern bereits aufgelöst sei und die Lager in Bayern vor allem der Aufnahme und Sichtung von zuströmenden österreichischen Arbeitssuchenden dienten (ADÖ 12/1928, ADAP D I, Dok. 281).

Als am 27. Januar 1938 der sogenannte „Tavs-Plan“ – benannt nach dem führenden Wiener NS-Funktionär Leopold Tavs, der dem im Februar 1937 von Schuschnigg initiierten „Siebener-Komitee“ der „nationalen Opposition“ angehörte – ein Aktionsprogramm der österreichischen NSDAP für den Fall einer Machtübernahme aufgefunden wurde, spitzte sich die Sicherheitslage in Österreich noch mehr zu. Sogar die Pariser Presse war voller Gerüchte: Papen wolle beim Bundespräsidenten eine Démarche unternehmen, um den Rücktritt des Bundeskanzlers und eine Volksabstimmung zu erzwingen; die österreichischen Nationalsozialisten planten Tavs zu befreien; Hitler selbst plane einen Staatsstreich zur Lösung der österreichischen Frage. Tatsache war, dass die nationale Opposition keine illegale Tätigkeit betreiben, die ständestaatliche Maiverfassung 1934 anerkennen und die „Vaterländische Front“ als einzige legale Organisation der politischen Willensbildung anerkennen sollte. Die in Tavs' Büro in der Wiener Teinfaltstraße sicher gestellten Unterlagen ergaben jedoch den schlüssigen Beweis, dass er Hochverrat betrieben hatte. Dieses Verhalten entsprach in keiner Weise dem Juliabkommen von 1936 (ADÖ 12/1866; ADAP D I, Dok. 280).

Die für die Öffentlichkeit überraschende Entlassung des Reichskriegsministers Generalfeldmarschall Werner von Blomberg und des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, sowie die Ersetzung des erfahrenen Reichsministers des Auswärtigen und seinerzeitigen Vertrauten des Anfang August 1934 verstorbenen Reichspräsidenten Hindenburg, Konstantin Freiherr von Neurath, durch den „Führer“-hörigen NS-Diplomaten Joachim von Ribbentrop am 4. Februar 1938 bedeutete eine weitere Machtkonzentration Hitlers. Er selbst übernahm den Oberbefehl über die Wehrmacht, das Kriegsministerium wurde aufgelöst, an seine Stelle trat das Oberkommando der Wehrmacht mit dem willfährigen General Wilhelm Keitel an der Spitze. Das Generalkonsulat in München betrachtete „die Entlassungen allgemein als Anzeichen für eine Abschwenkung Deutschlands von der Linie des 11. Juli 1936“ (ADÖ 12/1875). In Paris wurde die Ablösung des Botschafters von Hassell in Rom mit der persönlichen

Unzufriedenheit Görings erklärt (ADÖ 12/1877), Hitler kündigte aber auch die Rückberufung von Papens aus Wien und Dirksens aus Tokio an.⁴⁶

Schuschniggs Demütigung auf dem „Berghof“

Bereits am 7. Januar 1938 hatte Botschafter von Papen – wie Neurath und Hassell ein Repräsentant der Ära Hindenburg – bei Staatssekretär Schmidt vorgesprochen und im Auftrag Hitlers die Anregung gemacht, „eine Begegnung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Reichskanzler herbeizuführen“. Eine solche könnte bereits Ende Januar in Berchtesgaden stattfinden. Schuschnigg erklärte seine prinzipielle Bereitschaft, „unter der Voraussetzung, dass eine formelle Einladung erfolge, die so gehalten sei, dass keinesfalls nachträglich eine Verdrehung erfolgen könne, etwa als habe man sich ebenfalls österreichischerseits um die Entrevue bemüht und sei abgewiesen worden. Auch müsse Sicherheit bestehen, dass die Zusammenkunft dann nicht unter irgendwelchen Vorwänden abgesagt werde. Endlich wäre eine Unterhaltung über das Sprechprogramm erwünscht.“ (ADÖ 12/1839) – Das Misstrauen der österreichischen Seite war nicht zu überlesen, Schmidt verlangte von Papen, „ein vorsichtiges Durchsickern der Nachricht in der Öffentlichkeit absolut hintanzuhalten“ (ADÖ 12/1840). Am 26. Januar las Papen Schmidt ein Zifferntelegramm Neuraths vor, nachdem sich Hitler bereit erklärte, Schuschnigg um den 15. Februar auf dem Obersalzberg zu empfangen. Nach Rücksprache bei Schuschnigg bestätigte Schmidt die Bereitschaft des Bundeskanzlers, einer Einladung des Reichskanzlers Folge zu leisten. Schmidt wies Papen auch auf die Aushebung des Tavs-Büros hin und stellte in Erwägung, die Hauptkompromittierten – Tavs, Leopold und In der Maur – dem Deutschen Reich „zur Übernahme anzubieten“. (ADÖ 12/1868, ADAP D I, Dok. 289).

Erst am 11. Februar informierte der Staatssekretär die österreichischen Gesandtschaften über das am nächsten Tag bevorstehende Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg (ADÖ 12/1878). Auf beiden Seiten wurden Informationsmaterial und Kommuniké-Entwürfe vorbereitet. Die österreichische Seite wollte von einer „klaglosen und vollständigen Durchführung“ des Juliabkommens sprechen und von „einer ersprießlichen und vertrauensvollen Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten“ (ADÖ 12/1879). Darüber hinaus wünschte sich die österreichische Seite für die Verhandlungen:

- 1) „Eine autoritative Kundgebung des Führerwillens, die jede Einmischung in österr. Angelegenheit ausdrücklich verurteilt und alles missbilligt, was die auf der Basis des 11. Juli 1936 geregelten freundlichen Beziehungen der deutschen Staaten zu stören geeignet ist.“
- 2) „Eine eindringliche Rundweisung an Behörden und Parteistellen, die österreichischerseits im diplomatischen Wege vorgebrachten Beschwerden über Ver-

⁴⁶ Thamer, *Verführung und Gewalt*, 566-569; Steiner, *The Triumph*, 334 f. Bereits im November 1937 war Hjalmar Schacht als Reichswirtschaftsminister zurückgetreten.

stöße gegen das Prinzip der Nichteinmischung dringlich und eingehend zu behandeln und gegebenenfalls energisch durchzugreifen.“

- 3) „Instruktionen an die deutsche Presse in dem Sinne dass
 - a) persönliche Angriffe und Beschimpfungen der österr. Bundesregierung und ihrer Mitglieder unbedingt zu unterbleiben haben;
 - b) Gerüchte und Sensationsmeldungen über Österreich nicht ungeprüft wiedergegeben werden sollen;
 - c) Tendenziöse Auswertungen von Nachrichten zu vermeiden ist [sic!];
 - d) Kritiken in würdiger und sachlicher Form zu halten sind.“ (ADÖ 12/1881)

Das Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten wollte auch keine weitere Verherrlichung „österr. Staatsverbrecher“, womit der Dollfuß-Mörder Otto Planetta gemeint war, keine „Einschaltung extrem staatsfeindlich eingestellter österr. Emigranten in die wirtschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Wechselbeziehungen, kein weiteres Fortbestehen der österreichischen Legion, keine Aufnahme von Österreichern in Führerschulungskurse der SS-Ordensburg Sonthofen und kein Einschleusen von NS-Propagandamaterial per Auto oder per Bahn (ADÖ 12/1882). Seit Juli 1936 waren nur sechs deutsche Zeitungen in Österreich zugelassen: die *DAZ*, die *Essener Nationalzeitung*, die *Börsenzeitung*, das *Berliner Tageblatt*, die *Frankfurter Zeitung* und die *Leipziger Neuesten Nachrichten*. Hitlers „Mein Kampf“ wurde mittlerweile freigegeben. Ein Kulturausschuss besprach die Zusammenarbeit von Bibliotheken, die Gleichstellung von Studiengebühren an Hochschulen, eine Zusammenarbeit der Akademien, eine gegenseitige Anerkennung von Reifezeugnissen, Doktordiplomen und Habilitationen, nicht zuletzt die „volksdeutsche Zusammenarbeit“ (ADÖ 12/1883).

Am 7. Februar 1938 hatte der Beauftragte Hitlers für Angelegenheiten der österreichischen NSDAP, SS-Gruppenführer Keppler, dem neuen Reichsminister von Ribbentrop einen Informationsbericht übermittelt. Schuschnigg schein nun bereit zu sein, alle restlichen Juliputsch-Inhaftierten freizulassen, ihnen Wiedergutmachung zu leisten, wirtschaftliche Diskriminierungen gegenüber Nationalsozialisten einzustellen, Persönlichkeiten der Nationalen Opposition stärker in verschiedene Regierungsämter und Körperschaften (Turnvereine, Schulvereine etc.) einzubauen und einen wirklichen Pressefrieden herzustellen. Insbesondere die Besuche des ungarischen und jugoslawischen Ministerpräsidenten dürften ihn „belehrt“ haben, dass für Pläne einer Donauföderation kein wesentlicher Spielraum mehr gegeben sei. Bemerkenswert war auch das Postscriptum Kepplers, dass „eine wirkliche für beide Teile nützliche Belebung des Handelsverkehrs und die im beiderseitigen Interesse liegende Erschließung der Naturkräfte und Bodenschätze Österreichs erst möglich ist, wenn eine Währungsunion zur Durchführung gekommen ist.“ (ADAP D I, Dok. 285).⁴⁷ Auch der nationalsozialistische Wiener

⁴⁷ Keppler stimmte mit Generalfeldmarschall Göring überein, dass der NSDAP-Landesleiter Hauptmann Leopold abgelöst werden müsse, was Hitler am 21. Februar tatsächlich herbeiführte.

Rechtsanwalt Seyß-Inquart, ein Hitler ergebener Gefolgsmann, informierte Berlin und verriet Berlin Einzelheiten über Schuschniggs Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen.⁴⁸

Auf Vorschlag von Papens kam es sodann am 12. Februar 1938 zur ominösen Begegnung zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem „Berghof“ bei Berchtesgaden. In Anwesenheit von Ribbentrop, Schmidt, Papen, Keppler und drei deutschen Generälen schleuderte Hitler Schuschnigg ungeheuerlich verfälschende Behauptungen entgegen, die schließlich in Drohungen übergingen: „Übrigens hat Österreich überhaupt nie etwas getan, was dem Deutschen Reich genützt hat. Seine ganze Geschichte ist ein ununterbrochener Volksverrat. Das war früher nicht anders wie heute. [...] Ich bin fest entschlossen, mit dem allen ein Ende zu machen. Das Deutsche Reich ist eine Großmacht, und es kann und wird ihm niemand dreinreden wollen, wenn es an seinen Grenzen Ordnung macht. [...] Ich brauche nur einen Befehl zu geben, und über Nacht ist der ganze lächerliche Spuk an der Grenze zerstoßen. Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können?“ – Nach diesen Drohungen verlangte Hitler die freie Betätigung für die österreichischen Nationalsozialisten, eine Amnestie für verhaftete Nationalsozialisten, die Ernennung Seyß-Inquarts zum Innenminister und die Integration des österreichischen Wirtschaftssystems in das deutsche.⁴⁹

In der definitiven Fassung des Protokolls, das Hitler, Schuschnigg, Ribbentrop und Schmidt unterzeichneten, hieß es:

„II. Der Bundeskanzler stellt folgende Maßnahmen in Aussicht, hinsichtlich deren er einen endgültig verbindlichen Bescheid bis zum Dienstag, den 15. Februar 1938, übermitteln wird.

1. Die österreichische Bundesregierung wird über außenpolitische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomatischen Gedankenaustausch treten. Österreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches auf Ersuchen nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische, diplomatische und pressepolitische Unterstützung angedeihen lassen. Die Reichsregierung übernimmt die gleiche Verpflichtung gegenüber der österreichischen Bundesregierung.
2. Der Bundeskanzler Schuschnigg erklärt sich bereit, Herrn Staatsrat Dr. Seyß-Inquart in die Regierung zu berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

Leopold wurde durch den Kärntner Nationalsozialisten Major Hubert Klausner ersetzt, der seine Kärntner Parteigenossen, Odilo Globocnik und Friedrich Rainer, als Organisationsleiter bzw. politischen Leiter der „Bewegung“ heranzog. – ADAP D I, Dok. 318, 343.

⁴⁸ Kershaw, Hitler 1936-1945, 115.

⁴⁹ Hochverratsprozeß Schmidt, 437 (Zeugenprotokoll Dr. Kurt Schuschnigg), 453-459 (Das Gespräch am Berghof), 584 (ergänzende Zeugenaussage Schuschnigg); Kurt von Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot (Zürich 1946) 38-40; Hildebrand, Das Dritte Reich, 31-33; Kindermann, Der Feindcharakter Österreichs, 93.

3. Der Bundeskanzler erklärt, dass der österreichische Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front und aller übrigen österreichischen Einrichtungen haben soll. Diese Betätigung soll auf dem Boden der Verfassung in Gleichstellung mit allen anderen Gruppen erfolgen. [...]
4. Die österreichische Bundesregierung erlässt eine sofortige allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen in Österreich. Solche Personen, deren weiteres Verbleiben in Österreich für die Beziehung der beiden Staaten abträglich erscheint, werden nach Prüfung des Einzelfalles im Einverständnis beider Regierungen veranlasst, ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet zu verlegen.
5. Maßregelungen, die wegen nationalsozialistischer Betätigung auf dem Gebiete des Pensions-, Renten- und Unterstützungswesens, insbesondere durch Entziehung oder Kürzung dieser Bezüge, sowie auf dem Gebiete des Schulwesens verhängt worden sind, werden aufgehoben und ihre Wiedergutmachung zugesagt.
6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt.
7. Die ungehinderte Durchführung des zwischen den Regierungen vereinbarten Pressefriedens soll durch den Einbau des Dr. Wolf an maßgebender Stelle des Bundespressdienstes gesichert werden.
8. Die militärischen Beziehungen zwischen der deutschen und der österreichischen Wehrmacht werden durch folgende Maßnahmen gesichert:
 - a) die Ersetzung des Generals Jansa durch General Böhme,
 - b) durch planmäßige Offiziers-Austausch (bis zu einer Zahl von 100 Offizieren),
 - c) durch regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe. [...]
9. Alle Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten, insbesondere bei der Aufnahme und Ableistung des Heeresdienstes werden aufgehoben und rückgängig gemacht.
10. Die Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs zwischen der österreichischen und der deutschen Wirtschaft wird vorbereitet. Zu diesem Zweck wird Dr. Fischböck in maßgebender Position eingebaut.

Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, die unter II, 2, 4, 5, 7 vereinbarten Maßnahmen bis zum 18. Februar durchzuführen, unter Vorbehalt des unter II vereinbarten endgültigen Bescheides.

III. [...] Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in inner-österreichische Verhältnisse ausschließt.“ (ADÖ 12/1887, ADAP D I, Dok. 295)⁵⁰

⁵⁰ Das offizielle Protokoll wurde von Hitler, Schuschnigg, Ribbentrop und Schmidt unterzeichnet. Gleichlautende deutsche und österreichische Communiqués wurden gleichzeitig am 15. Februar 1938, um 10 Uhr abends, über den Wiener Rundfunk und über die Deutschen Rundfunksender bekannt gegeben. Das „Berchtesgadener Abkommen“ sah auch die Auffassung des Anhaltelagers

In Zifferntelegrammen Schmidts an die österreichischen Gesandtschaften hob der Staatssekretär hervor, dass die zwischen Hitler und Schuschnigg geführten Besprechungen „angesichts der deutscherseits erhobenen Forderungen und des Druckes mit dem deren Durchsetzung versucht wurde, außerordentlich schwierig und von scharfen Auseinandersetzungen begleitet“ waren. Die Zusagen seitens Österreichs konnten gegeben werden, weil „die Hoffnung besteht, dass bei Einhaltung der deutscherseits gegebenen Zusage der Nichteinmischung eine Periode ruhiger Stabilisierung der österr-deutschen Beziehungen auf der Grundlage des Übereinkommens vom 11. Juli 1936 eintreten wird“ (ADÖ 12/1890).

Am 16. Februar, um 2.30 Uhr früh, schloss Schuschnigg tatsächlich eine Kabinetts-umbildung ab: Guido Schmidt wurde Außenminister, Seyß-Inquart Innenminister, allerdings ohne direkte Befehlsgewalt über die Polizei; der niederösterreichische Heimwehrführer und spätere Bundeskanzler der Zweiten Republik, Julius Raab, wurde Handelsminister, während Edmund Glaise-Horstenau, Guido Zernatto und Hans Rott Minister ohne Portefeuille wurden; Schuschnigg behielt das Verteidigungsressort, Rudolf Neumayer das Finanzressort, Hans Pernter das Unterrichtswesen, Ludwig Adamovich das Justizwesen, Josef Resch die soziale Wohlfahrt, Rudolf Manhalter die Landwirtschaft. Am 16. Februar erließ die Regierung eine Amnestie für politische Delikte und räumte den Nationalsozialisten am 18. Februar die Möglichkeit legaler Betätigung innerhalb der „Vaterländischen Front“ ein.⁵¹ – Edmund Veessenmayer, Spezialist für „Sonderaufgaben“ des Auswärtigen Amtes und der SS, war am 14. Februar in geheimer Mission nach Österreich gekommen und berichtete über die Lage bis 18. Februar, 18 Uhr: „Auf Grund 4tägiger genauer und umfassender Beobachtung muss festgestellt werden, dass der Durchbruch restlos gelungen und viel tiefgehenderer Art ist, als man mancherorts im Reich annimmt.“ Schuschnigg werde sowohl von jüdischer als auch von katholischer Seite (gemeint war der Nuntius) „schwer bedrängt“. Seit dem 17. Februar habe „plötzlich eine außerordentlich starke Kapitalflucht eingesetzt, die zu einem erheblichen Absinken der österreichischen Anleihewerte in der Schweiz und in London sowie im übrigen Ausland führte. Schillingnoten werden in großen Noten schwarz über die Grenze gebracht, so dass eine Notierung seit gestern abend nicht mehr stattfinden konnte. „Nachdem das Ausland Schuschnigg im Stich gelassen hat, musste er schlagartig erleben, wie seine bisherigen Stützen teils abfielen, teils unter sich uneinig wurden und sich wütend um die Nachfolgerschaft des Bundeskanzlerpostens bekämpften. In legitimistischen Kreisen herrscht Chaosstimmung, – man hat jede weitere Hoffnung

Wöllersdorf vor, in dem noch 38 Nationalsozialisten, 40 Kommunisten und 2 Sozialisten interniert waren. – Schmidl, März 38, 71 f.

⁵¹ Generalstabschef Feldmarschalleutnant Alfred Jansa, der noch am 11. Februar 1938 die Verlängerung des Militärdienstes von 12 auf 18 Monate vorgeschlagen hatte, um im Falle eines deutschen Angriffs durch bewaffneten Widerstand die Großmächte zum Eingreifen zu veranlassen, wurde am 16. Februar durch Generalmajor Franz Böhme ersetzt. – Schmidl, März 38, 28.

aufgegeben. In jüdischen Kreisen ist man überzeugt, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Österreich politisch und wirtschaftlich mit dem Reich vereinigt wird. [...] Sehr wichtig erscheint die umgehende Beseitigung des Präsidenten Kienböck der Nationalbank, der als ausgesprochener Judenfreund die derzeitige Katastrophopolitik der Juden nicht nur duldet sondern sogar fördert.“ Daher die conclusio des scharfen Antisemiten Veesenmayer: „Der Zusammenbruch [Österreichs] ist ein derartig totaler, dass unter der Voraussetzung, dass eine Beschleunigung der Entwicklung dem Führer in sein außenpolitisches Konzept passt, durch bestimmten Nachdruck seitens des Reiches innerhalb der nächsten Wochen eine Reihe entscheidender Positionen erobert werden könnten.“⁵² (ADAP D I, Dok. 313)

Die Reaktionen auf die Entrevue in Berchtesgaden und die Regierungsumbildung in Wien waren in Europas Hauptstädten höchst unterschiedlich. Mussolini und sein Schwiegersohn Ciano hielten die österreichische Haltung „für absolut richtig“. „Österreichs Politik sei mit der Achsenpolitik innig verwoben und habe die richtigen Folgerungen gezogen“ (ADÖ 12/1901). Das Foreign Office verhielt sich vorerst reserviert, betonte das Interesse der britischen Regierung an der Unabhängigkeit Österreichs, begrüßte aber auch „ein dauerndes und stabiles Einvernehmen zwischen Österreich und Deutschland“. Außenminister Eden war über die passive Haltung Italiens überrascht und beschränkte sich auf eine knappe Interpellationsbeantwortung im Parlament. Die Befürchtungen in der Londoner City zeigte aber am deutlichsten der starke Kursrückgang der österreichischen Anleihe auf. Und einige Presseartikel waren bereits mit „Finis Austriae“ überschrieben (ADÖ 12/1893, 1903, 1910, 1912; ADAP D I, Dok. 322).

Auch in Paris waren die Meldungen der Presse alarmierender als die Stimmung unter den Politikern. Am 16. Februar beauftragte der Quai d’Orsay ebenso wie das Foreign Office ihre Vertreter in Berlin, beim Reichsaußenminister vorzusprechen und entsprechende Auskünfte über die „Entwicklung in Mitteleuropa“ einzuholen (ADAP D I, Dok. 308, 310). Außenminister Delbos deutete am 21. Februar gegenüber Journalisten an, dass Paris nun die Beziehungen zu Prag intensivieren werde, „um keinerlei Zweifel über die Treue Frankreichs gegenüber seinen Verpflichtungen walten zu lassen“ (ADÖ 12/1896, 1906, 1915, 1924). In Den Haag wurde ein außerordentlicher Ministerrat einberufen und deutlich gegen die Methode Hitlers Stellung bezogen, den Regierungschef und Außenminister eines Nachbarstaates einzuladen und dann unter politischen und militärischen Druck zu setzen (ADÖ 12/1920).⁵³ Die schwedischen Zeitungen sprachen gleich von einer österreichi-

⁵² Aus zahlreichen übereinstimmenden Meldungen schloss Veesenmayer, dass Außenminister Schmidt „in den letzten Tagen eine wenig erfreuliche Rolle“ gespielt und den Einbau nationaler Persönlichkeiten in den österreichischen Regierungsapparat verhindert habe. Als Motive werden sowohl seine „sehr starke katholische Bindung“ als auch „eine gewisse Eifersucht gegenüber Minister Seyß-Inquart“ vermutet.

⁵³ Der niederländische Außenminister Hendrik Colijn kritisierte auch ein vollständiges Versagen des österreichischen Presse- und Propagandadienstes.

schen „Kapitulation“, und der Generalsekretär im Stockholmer Außenministerium meinte sehr ernst, „Nationalsozialisten hätten, einmal eingelassen, überall die Tendenz, sich auszubreiten“ (ADÖ 12/1900).

Besonders groß war die Beunruhigung über die Berchtesgadener Gespräche in Prag. Außenminister Krofta befürchtete, „es könnte ja dem deutschen Reich demnächst einfallen, auch von der Tschechoslowakei zu verlangen, sie müsse sofort Vertreter der sudetendeutschen Henleinpartei in die Regierung aufnehmen.“ Man wisse in Prag sehr gut, was man in Berlin unter „Volksgemeinschaft“ verstehe. „Nun sei aber im Sinne Hitlers Deutschtum und deutsche Volksgemeinschaft gleich der nationalsozialistischen Weltanschauung, [...] Verräter am Volkstum, nach deutscher nationalsozialistischer Auffassung sei jeder, der nicht der nationalsozialistischen Weltanschauung huldige. [...] Herr Ribbentrop und Genossen verfolgen die Politik des ‚Trojanischen Pferdes‘, in Österreich seien das Werkzeug dieser Politik scheinbar die betont nationalen Kreise, in der Tschechoslowakei die Henleinleute.“⁵⁴ (ADÖ 12/1909) Der ungarische Außenminister von Kánya bemerkte in seiner „maliziösen Art“, dass nun „unsere [gemeint waren die österreichischen, A. S.] kleinen Seitensprünge mit der Tschechoslowakei wohl aufhören würden“. Gábor Baron Apor bezeichnete hingegen das Verhandlungsergebnis Schuschniggs – „bei Fehlen jeder Unterstützung von Seiten Italiens, Englands und Frankreichs“ – als „sehr großen Erfolg des Bundeskanzlers“. Kleine Staaten wie Österreich und Ungarn hingen schließlich von der großen Außenpolitik ab, wobei es bei der derzeitigen „außenpolitischen Lähmung Frankreichs und Russlands“ vor allem auf England ankomme, „dem gegenwärtig überragenden politischen Einfluss des deutschen Reiches“ zu widerstehen (ADÖ 12/1895).⁵⁵ Ivo Andrić drückte die Einschätzung der jugoslawischen Regierung als „freundlich reserviert“ aus (ADÖ 12/1902), wobei ja Berchtesgaden der Zusage Stojadinović’ in Berlin entsprach (ADÖ 12/1939). Andrić musste allerdings einräumen, dass es leidenschaftliche Angriffe des katholisch-konservativen Laibacher *Slovenec* gegeben habe, gegen die die deutsche Gesandtschaft in Belgrad scharf protestierte (ADÖ 12/1919).⁵⁶

In Berlin lud Hitler am 16. Februar zu einem großen Diplomatendiner für 800 Gäste, die das Kommuniqué zu Berchtesgaden zur Einsicht bekamen. Der Reichskanzler ließ den österreichischen Gesandten Tauschitz zu sich bitten und erklärte

⁵⁴ Marek wurde vom Ballhausplatz beauftragt, Krofta mitzuteilen, dass es kein Militärabkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich gebe und dass in Berchtesgaden überhaupt nicht über die Tschechoslowakei gesprochen worden sei. – ADÖ 12/1918.

⁵⁵ Überraschenderweise fragte Apor den österreichischen Gesandten Eduard Baar-Baarenfels auch nach der politischen Einstellung der österreichischen Arbeiterschaft und erhielt die Antwort, „dass diese zum größten Teil aus dem sozialistischen Lager kommend vaterländisch, ein geringerer Teil gemäßigt sozialistisch und ein Bruchteil kommunistisch gesinnt sei“. – ADÖ 12/1895.

⁵⁶ Vgl. Dušan Biber, *Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933-1941* [Der Nationalsozialismus und die Deutschen in Jugoslawien] (V Ljubljani 1966).

regelrecht euphorisch: „Wir können uns gegenseitig beglückwünschen! Ich bin glücklich darüber, dass die Besprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Staatssekretär zu dem beiderseits gewünschten Ergebnis geführt haben.“ Auch Ribbentrop, Göring und Goebbels gratulierten Tauschitz (ADÖ 12/1897). Während am 17./18. Februar der neue Innenminister Seyß-Inquart in Berlin bei Hitler, Göring, Hess und Himmler vorsprach, appellierte Otto von Habsburg an Schuschnigg, ihm die Regierung zu übertragen; der Bundeskanzler lehnte ab, weil dies Krieg mit Deutschland bedeuten würde.⁵⁷ – Mit dieser Einschätzung hatte Schuschnigg wohl Recht.

Das Rundfunk-Duell Hitler – Schuschnigg

Am 20. Februar 1938 sprach Hitler vor dem Reichstag und beklagte das Schicksal von 10 Millionen Deutschen an den Grenzen des Reiches, die gegen ihren Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit Deutschland gehindert würden. Es sei für eine Weltmacht unerträglich, dass ihnen fortgesetzt schweres Leid zugefügt werde. – Zweifellos waren mit den 10 Millionen die Österreicher und die Sudetendeutschen gemeint. Hitlers Rede wurde nicht nur im deutschen, sondern auch im österreichischen und tschechoslowakischen Rundfunk übertragen. Am selben Tag gab es NS-Demonstrationen in Graz, Linz, Innsbruck und Wien.⁵⁸ Im britischen Unterhaus meldete sich am 22. Februar Winston S. Churchill zu Wort und gab eine positive Erklärung zugunsten Österreichs ab: „Wenn es für Italien möglich wäre, seine Pflicht zu tun, indem es Großbritannien und Frankreich in der Verteidigung der Integrität und Unabhängigkeit Österreichs unterstützt, würde ich um diesen Preis nicht zögern, Konzessionen Großbritanniens an Italien zuzustimmen.“ Weder die Regierung Chamberlain noch die Opposition unter Attlee zeigten jedoch ein Interesse an einer Erklärung zugunsten Österreichs (ADÖ 12/1927). Als Göring am 23. Februar Beck in Warschau einen Gegenbesuch abstattete, kündigte der preußische Ministerpräsident bereits die baldige Vollziehung des „Anschlusses“ an. Beck bemerkte nach dem Gespräch mit Göring: „Wir haben uns geeinigt – wir werden uns nicht zum zweiten Mal bei Wien schlagen.“⁵⁹ – Damit war die Waffenhilfe des polnischen Heeres unter König Jan Sobieski für Kaiser Leopold I. im Jahre 1683 gegen die Osmanen gemeint! – Kánya teilte am 2. März die Ansichten von Beck: „Vor allem muss ich feststellen, dass wir die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs lieber sähen als die Nachbarschaft eines 80-Millionen-Reiches. Nachdem ich aber die sehr entschiedenen Absichten der deutschen Nationalsozialisten kenne, muss man vorbereitet sein, dass die Verei-

⁵⁷ Schmidl, März 38, 73 f.

⁵⁸ Die deutschen Südtiroler waren nicht gemeint, denn Hitler nahm in der Südtirol-Frage eine klar pro-italienische Haltung ein. Lobend äußerte sich Hitler auch über das „aufrichtig freundschaftliche Zusammenarbeiten“ mit Polen. – Domarus, Hitler: Reden I, 792-804.

⁵⁹ Pawel Starzeński, Trzy lata z Beckiem (London 1972) 111-115.

nigung der beiden deutschen Staaten [sic!] früher oder später eintreten wird. Dies ist umso wahrscheinlicher, da Großbritannien und Frankreich sich bisher für energische Schritte nicht entscheiden können oder wollen. Mussolini bezieht aber den Standpunkt, dass die deutsch-österreichische Union eine natürliche geschichtliche Entwicklung ist, die verzögert, aber nicht verhindert werden kann.“⁶⁰

Die Rede Hitlers rief in der tschechischen Öffentlichkeit „Aufregung, Angst und schließlich Resignation“ hervor. „Vielfach hörte man die Ansicht“ – so berichtete Marek nach Wien (ADÖ 12/1931) –, „Hitler werde jetzt in Böhmen einmarschieren und ein Krieg sei unvermeidlich. Von tschechischen Nationalisten, selbst den größten Chauvinisten, hörte man mitunter ganz resignierte Anschauungen, die dahin gingen, mit der tschechoslowakischen Selbständigkeit gehe es nun wieder einmal zu Ende, man habe ohnedies in der Vergangenheit den weitaus größten Teil der Geschichte des tschechischen Volkes unter Fremdherrschaft gelebt und so werde man halt wieder unter Fremdherrschaft kommen. Man beruhigt sich hierbei mit der Konstatierung, dass eine Entnationalisierung bei der fortgeschrittenen Kultur und dem seit dem Umsturz [1918, A. S.] entwickelten Nationalbewusstsein allerdings nicht mehr möglich sein wird.“ Der tschechoslowakische Generalstabschef Ludvík Krejčí gab den Tageszeitungen ein ausführliches Interview über die Verteidigungsfähigkeit und Ausrüstung des tschechoslowakischen Staates, den Ausbau seiner Befestigungen und den Geist seiner Armee, „um die defaitistischen Stimmungen innerhalb des tschechischen Volkes zu bekämpfen“. Ministerpräsident Hodža zeigte sich erschüttert, dass Hitler gar keine Ahnung habe, dass die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei eine ganz andere politische Stellung einnehme, wie die deutsche Minderheit in Polen. Sowohl Hodža als auch Außenminister Krofta erklärten dem österreichischen Gesandten, dass sie eine Einmischung des Reiches in innerpolitische Angelegenheiten der Tschechoslowakei nicht hinnähmen und sich ihr Verhalten zur Sudetendeutschen Partei nicht von Berlin diktieren ließen. Im Übrigen sei die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei zwischen 1932 und 1937 eine bessere gewesen als im nationalsozialistischen Deutschland. Auch Präsident Beneš bestätigte Marek, dass sich Prag von Hitler nicht einschüchtern lasse, aber: „Ein deutscher Überfall auf die Tschechoslowakei würde ganz bestimmt einen zweiten Weltkrieg hervorrufen.“ (ADÖ 12/1931) – Eine weitere Fehleinschätzung! – Gegenüber einem Mitglied der Prager Regierung äußerte das Staatsoberhaupt die Vermutung, dass es sich in Österreich nicht so sehr um einen politischen Machtkampf handle „als vielmehr um einen Kulturkampf zwischen der katholischen und nationalsozialistischen Ideologie“.⁶¹ Als Hitler in seiner Rede am 20. Februar von „volklicher Selbstbe-

⁶⁰ Lajos Kerekes, *Anschluß 1938. Ausztria és a nemzetközi diplomácia 1933-1938* [Der Anschluss 1938. Österreich und die internationale Diplomatie 1933-1938] (Budapest 1963) 331.

⁶¹ Bei einem privaten Mittagessen mit Marek am 2. März 1938 stellte Beneš sogar fest, dass „der Nationalsozialismus in der Ideologie und in seinem ganzen Wesen mehr Verwandtschaft mit dem Bolschewismus habe, als man gemeiniglich glaubt, wenn er ihn auch bekämpfe“. Der

stimmung“ sprach, wollte Beneš darunter „eine Selbstbestimmung für eine Kulturautonomie, nicht aber eine politische und territoriale verstanden haben“. Daher könne Prag die von Hitler beanspruchte Patronanz über 10 Millionen Auslandsdeutsche hinsichtlich der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei „unter keinen Umständen“ anerkennen (ADÖ 12/1932).⁶²

Hitlers Reichstagsrede zwang den allgemein steif wirkenden Schuschnigg, endlich einmal aus sich herauszugehen und den österreichischen Patriotismus zu beschwören. Am 24. Februar antwortete der Bundeskanzler mit einer Regierungserklärung vor dem Bundestag und bekannte sich – nach historischen Rückblicken – leidenschaftlich zum Erhalt der österreichischen Unabhängigkeit:

- „Es war das tragische Schicksal unseres Volkes, dass immer wieder im Ablauf der Geschichte Perioden kamen, in denen Deutsche gegen Deutsche standen, Zeiten des Bruderkrieges. [...] Großdeutsch, kleindeutsch, großösterreichisch standen einander gegenüber und die besten Köpfe unseres Landes haben immer wieder mit dem Problem gerungen.“ Immerhin sei „im Zweibund eine Interessengemeinschaft von 120 Millionen Menschen im Herzen unseres Kontinents auf ein Menschenalter hinaus auf Gedeih und Verderb“ zusammengeschweißt worden.
- In der Umsturzeit nach dem Ersten Weltkrieg hätten die allgemeine Not, der Hunger, „die scheinbare Aussichtslosigkeit, auch nur den bescheidenen Bruchteil österreichischen Erbes [...] für bessere Zeiten zu retten, jeden Blick in die Zukunft geraubt. „Dazu kam der Friedensvertrag, den wir als Unrecht zu bekämpfen nie erlahmten, die Kriegsschuldflüge, gegen die wir als brutale Vergewaltigung der Wahrheit von Anbeginn zu Felde zogen; gegen die Lüge und gegen die, die aus parteitaktischer Erwägung, im Irrwahn, damit eine sozialistische Herrschaft in Österreich begründen zu können, ihrer Verbreitung dienten.“
- „Schließlich wären sich alle einig über das aus Sprach-, Bluts- und Kulturgemeinschaft gewachsene gemeinsame Volkstum und über das durch die geopolitische Lage unseres Vaterlandes bedingte, von der jeweiligen innerpolitischen Gestaltung vollkommen unabhängige freundschaftliche Verhältnis zum benachbarten Deutschen Reich.“ – „Und dennoch kam ein Bruderkampf; mit allen seinen Leiden und Schrecken, nicht minder schmerzlich und auch nicht minder erbittert in seinen einzelnen Phasen wie in mancher unglücklichen Periode im Verlauf vergangener Zeiten.“

italienische Faschismus sei hingegen „etwas ganz anderes als der deutsche Nationalsozialismus“. „Auch in der Behandlung der Religionen und Kirchen sei zwischen beiden Doktrinen ein großer Unterschied, nicht so zwischen dem Nationalsozialismus und Bolschewismus.“ – ADÖ 12/1948.

⁶² Aber der Chef der Labour Party, Clement Attlee, der Beneš 1936 besucht hatte, befürchtete, dass er in seiner Außenpolitik gegenüber Deutschland zu sehr auf seine „Cleverness“ vertraue: „He did not seem to realise how long a spoon was needed to sup with the devil.“ – Clement Attlee, *As It Happened* (London 1954) 90-93.

- „Und nun soll Friede sein. [...] Dieser Friedensschluss nach fünfjährigem Bruderkampf war der Sinn und Zweck der Begegnung von Berchtesgaden am 12. Februar dieses Jahres.“ – „Wir haben die ehemaligen parteigebundenen Sozialdemokraten zur Mitarbeit in die Vaterländische Front eingeladen und sie dort willkommen geheißen; wir haben den ehemaligen parteigebundenen Nationalsozialisten wie den Angehörigen aller anderen Gruppen unter vollkommen gleichen Bedingungen die Möglichkeiten der Mitarbeit eröffnet. [...] Von reichsdeutscher Seite wurde gleichzeitig die Versicherung wiederholt, für die Nichteinmischung in die innerpolitischen Verhältnisse in Österreich entscheidende Vorsorge treffen zu wollen.“
- „Unser Land ist nicht nur eine historisch und organisch in jahrhundertlanger rechtlicher Entwicklung gewordene Tatsache, es ist auch ein Fixpunkt der Landkarte Europas und für die gesamte Kulturwelt ein Begriff, der aus dem europäischen Gesamtbild nicht wegzudenken ist. [...] Maßgebend muss bleiben der feste Wille des österreichischen Volkes und die unabänderliche Überzeugung seiner verantwortlichen Führung, dass unser Österreich Österreich bleiben muss.“ (ADÖ 12/1930)

Schuschniggs Rede, die im österreichischen wie im deutschen Rundfunk übertragen wurde, wurde mit enthusiastischem Beifall und stürmischen Ovationen begrüßt, obwohl sie sich in einigen Passagen in der Abgrenzung von Hitler-Deutschland schwer tat: „Deutsche gegen Deutsche“, „Bruderkrieg“, „Kriegsschuldflüge“, „Generation der Frontsoldaten“, „deutscher Staat“ oder „arbeitsunfähiger Parlamentarismus“ hätten auch aus dem Fundus der gesamtdeutschen Ideologie stammen können.

Dennoch war die internationale Aufnahme der Kanzlerrede erstaunlich gut – man könnte sogar sagen, besser als auf alle seine bisherigen außenpolitischen Aktionen. Berger-Waldenegg telegraphierte aus Rom, dass die Aufnahme der Rede des Bundeskanzlers „allgemein eine ausgezeichnete“ gewesen sei (ADÖ 12/1933). Franckenstein telegraphierte aus London, dass Schuschniggs Rede im Foreign Office sowie von verschiedenen Politikern und Journalisten „mit großer Bewunderung und starker Sympathie“ aufgenommen worden sei (ADÖ 12/1937). Vollgruber bestätigte den „ungeheuer tiefen Eindruck“ der Rede im Pariser Parlament. In einer Debatte in der Kammer gab die überwiegende Mehrzahl der Redner klar zu erkennen, „dass sie eine feste Haltung Frankreichs in der Frage der österreichischen Unabhängigkeit für absolut notwendig hielten“ (ADÖ 12/1940, 1942). Schließlich berichtete Edgar Prochnik aus Washington von der „überaus günstigen Aufnahme der Kanzlerrede im Kongress. Nach dem Bericht des österreichischen Gesandten rühmte die amerikanische Presse „besonders den mutigsten Ton und den aufrichtigen Willen, die Freiheit Österreichs bis zur letzten Schanze (till to the last ditch) zu verteidigen“. Freilich glaubte man in Washington noch, dass die unmittelbaren Ziele Hitlers „augenblicklich nicht auf eine Einverleibung von Gebieten eingestellt“ sei, „sondern auf eine Ausdehnung deutschen Einflusses“.

ses nach Osten, auf die wirtschaftliche Beherrschung des Donaupraumes bis zum Schwarzen Meere“ (ADÖ 12/1844). Berliner diplomatische, amtliche und Parteikreise waren verblüfft über den frenetischen Beifall, der immer wieder Schuschniggs Rede unterbrach, auch überrascht über einige von Schuschnigg genannten Wirtschaftszahlen (ADÖ 12/1934, 1947). In der süddeutschen Presse erschien die Kanzlerrede fast ausnahmslos in der Fassung des Deutschen Nachrichtenbüros, die meist noch stark gekürzt wurde. Die süddeutsche Ausgabe des *Völkischen Beobachters* veröffentlichte die Rede überhaupt nicht. Dagegen äußerten zahlreiche Angehörige der österreichischen Kolonie in München den Wunsch, die Rede im ganzen Wortlaut kennenzulernen (ADÖ 12/1946). Die sudetendeutsche Presse war freilich von Schuschniggs Rede enttäuscht, da man nach Berchtesgaden gehofft hatte, Österreich werde nun eine gesamtdeutsche Außenpolitik machen (ADÖ 12/1952).

Nachdem auf einer Versammlung von Obmännern des Gewerkschaftsbundes am 17. Februar eine Resolution beschlossen worden war, „bereit zu sein für jedes Opfer für die Verteidigung der Freiheit, der Unabhängigkeit und Würde Österreichs“, und Verhandlungen mit dem Wiener Bürgermeister Richard Schmitz erfolgten, sprach am 3. März eine Delegation sozialdemokratischer Gewerkschafter unter Führung von Friedrich Hillegeist bei Schuschnigg vor und bekundete ihre Bereitschaft zur Unterstützung Schuschniggs gegen die Nationalsozialisten. Gegenüber den verhältnismäßig moderaten Bedingungen – Betätigungsfreiheit für die Sozialdemokraten, freie Wahlen in den Gewerkschaftsbund und Herausgabe einer Zeitung – verhielt sich Schuschnigg abwartend, ließ aber die Verhandlungen weiterführen. Am 7. März berichteten die Delegierten einer Vertrauensmännerkonferenz im Floridsdorfer Arbeiterheim. Nach lebhafter Diskussion setzten sich die Revolutionären Sozialisten gegen die kompromissbereiteren Kommunisten durch: Die Bereitschaft zur Verteidigung der österreichischen Selbständigkeit an der Seite der Regierung Schuschnigg ist an die Legalisierung der Freien Gewerkschaften und die Erlassung einer Amnestie geknüpft.⁶³

Am 2. März 1938 brachte der Labour-Abgeordnete Henderson eine Interpellation bezüglich der österreichisch-deutschen Vereinbarungen im britischen Unterhaus ein. Er kritisierte das Ultimatum Hitlers an Schuschnigg in Berchtesgaden. Demnach müsse man sich fragen, ob die Zusagen des Bundeskanzlers nicht im Widerspruch zum Genfer Protokoll 1922 und zum Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain stünden. Premierminister Chamberlain stellte fest, dass die neuen österreichisch-deutschen Abmachungen die erwähnten Bestimmungen nicht verletzten. Der britische Regierungschef verwies außerdem auf Schuschniggs Rede,

⁶³ Schmidl, März 38, 75-77. Hingegen hatte der Berliner Sondergesandte Veesenmayer in seinem Bericht vom 18. Februar bereits von „sehr erfreulichen Meldungen aus der Arbeiterschaft“ geschrieben. „Dort setzt ein starker Zuzug zur Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation ein, der im wesentlichen echter und nur zu einem Bruchteil konjunktureller Art ist.“ Daher: „Von roter Seite her ist kaum eine Schwierigkeit zu befürchten.“ – ADAP D I, Dok. 313.

die die Unabhängigkeit Österreich betont habe. Ob aber die Antworten Chamberlains bereits eine deutliche Zunahme britischen Interesses an „Zentraleuropa“ darstellten, muss dennoch bezweifelt werden (ADÖ 12/1951).

Bevor der polnische Außenminister Józef Beck nach Rom fuhr, ersuchte er den österreichischen Gesandten Schmid um eine Lagebeurteilung. Dieser hatte in Erfahrung gebracht, dass Beck über Österreich „sehr pessimistisch“ denke und Berchtesgaden nur für eine Etappe halte. Man rede in Warschau aber gerne über eine Ablenkung der deutschen Expansion vom Osten nach Südosten – von Berlin aus betrachtet! (ADÖ 12/1955) Auf Mussolinis Frage, wie lange sich Österreich noch halten könne, antwortete Beck: „Möglicherweise ein Jahr oder 48 Stunden.“⁶⁴ Auch die maßgebenden Stellen in Frankreich waren Anfang März 1938 nach der Einschätzung Vollgrubers „felsenfest überzeugt, dass Deutschland über kurz oder lang in irgendeiner Form einen neuen Coup gegen die Unabhängigkeit Österreichs führen wird und dass nach einer eventuell gelungenen Unterjochung Österreichs die Reihe an die Tschechoslowakei kommt. Frankreich scheint gegenwärtig im Prinzip bereit, zur Verteidigung jeder dieser beiden Positionen nötigenfalls den Säbel zu ziehen.“ Freilich hänge dies von einer gesicherten Teilnahme Englands ab und gelte nur für den Fall, „wenn die österr. Regierung sich selbst als vergewaltigt betrachtet [und] wenn das österreichische Volk gegen die Vergewaltigung reagiert“ (ADÖ 12/1956).⁶⁵

Abgesagte Volksbefragung – Erzwungener „Anschluss“ – Pseudo-Volksabstimmung

Am 4. März sprach SS-Gruppenführer Keppler, den Hitler mit der „Österreich-Frage“ betraut hatte, bei Außenminister Schmidt vor, um einige Punkte der Berchtesgadener Vereinbarungen zu erörtern. Keppler, der nach dem 12. Februar den deutschen Entwurf verfasst hatte, verlangte nun die Berufung Hans Fischböcks ins Kabinett, die Zulassung aller reichsdeutschen Zeitungen, die Erlaubnis des Tragens des Parteiabzeichens seitens der Reichsdeutschen in Österreich, eine Erweiterung der Liste der Festtage, an denen den Reichsdeutschen das Zeigen der Flaggen gestattet ist, eine Erleichterung der Sippenforschung für Reichsangehörige, die Aufhebung aller wirtschaftlichen Diskriminierungen, die Erlassung des Gesetzes über die Einreisemöglichkeit für Flüchtlinge und die Aufhebung der Diskriminierung in militärischen Dingen. Die anmaßenden Forderungen

⁶⁴ Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937-1938 (Hamburg 1948) 120-122; Beck, Dernier rapport, 146 f.

⁶⁵ In seinem Bericht vom 26. Februar 1938 bestätigte auch der Gesandte Lothar Wimmer aus Belgrad: „Es dürfte als sicher angenommen werden, dass die jugoslawische Regierung der deutschen Regierung bei ihrem Vorgehen gegen Österreich vollkommen freie Hand zugesichert habe.“ – Wimmer an Schmidt, Belgrad, 26. Februar 1938, AdR, NPA, Zl. 52.022-13/pol., zitiert bei Walter Hummelberger, Österreich und die Kleine Entente im letzte Halbjahr vor dem Anschluß. In: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978 (Wien 1981) 44-67, hier 59-61.

Kepplers wurden von Schmidt teilweise zurückgewiesen – etwa die Berufung Fischböcks zum Finanzminister oder die Wiedereinstellung der wegen NS-Betätigung entlassenen Offiziere –, teilweise auf spätere Erledigungen verschoben (ADÖ 12/1954). Dennoch lud Schuschnigg Keppler am nächsten Tag in seine Privatwohnung ein und zeigte sich über das Treffen mit Hitler noch „recht verärgert. Hingegen betonte der Bundeskanzler „seine unbedingte Treue zum Volksdeutschtum, zu einer gemeinsamen Politik, worin er uns nie enttäuschen werde, und erklärte weiterhin, dass auf lange Sicht er es auch für richtig halte, dass ein Deutsches Reich geschaffen werde“ [sic!]. – Kepplers Anmerkung: „Über den Zeitpunkt besteht offensichtlich noch Meinungsverschiedenheit.“ Insgesamt gewann Keppler den Eindruck, dass Schuschnigg „bei vernünftiger Behandlung in größerem Umfange mitgehen wird für den Fall, dass ihm dies prestigemäßig ermöglicht wird“. Im Übrigen war Keppler auch mit der Organisationsarbeit von Klausner und Seyß-Inquart sehr zufrieden: Anlässlich des Heldengedenktages werden große NS-Feiern und Aufmärsche vorbereitet. In Graz sollen sich bereits 80% der Bevölkerung zum Nationalsozialismus bekennen, mit Militär und Exekutive habe eine weitgehende „Verbrüderung“ stattgefunden; die Hitlerjugend sei schon „größtenteils“ im Jungvolk der Vaterländischen Front eingebaut, in allen Gauen herrsche „größte Zuversicht“, in Österreich seien keine Fahmentuche und keine braunen Stoffe mehr zu erhalten (ADAP D I, Dok. 335).⁶⁶

Ende Februar 1938 setzten vor allem in der Steiermark, aber auch in Oberösterreich und Kärnten, große NS-Demonstrationen ein, die von Kundgebungen der Vaterländischen Front beantwortet wurden. Seyß-Inquart verlangte in einer Rede in Linz am 5. März die freie Entscheidung des „deutschen Volkes in Österreich“ über die Stellung ihres Landes in der großen deutschen Familie. Um sich dem deutschen Druck zu entziehen, kündigte Schuschnigg – nach kurzer Beratung im engsten Kreis – am Mittwoch, den 9. März abends in Innsbruck eine „Volksbefragung“ für „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich, für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller die sich zu Volk und Vaterland bekennen“ für den Sonntag, den 13. März an und schloss seine Rede noch mit dem tirolerischen historischen Appell „Mander, es ist Zeit!“. Der Bundeskanzler wollte wissen, „ob sich [die] wahlreife Bevölkerung Österreichs zu den Grundpfeilern der Verfassung, zu jener Sicherung Österreichs und Art der Politik bekennt, die auch durch das Abkommen vom 11. Juli 1936 und die Abmachungen von Obersalzberg bedingt ist, und [einen] eindeutigen Beweis für den Willen des österr. Volkes zur Selbständigkeit des zweiten deutschen Staates erbringen.“ (ADÖ 12/1958) Schuschnigg selbst rechnete – ziemlich optimistisch – mit 65 bis 75% an Pro-Stimmen. Durch das Hinaufsetzen des Wahlalters

⁶⁶ Nach Kepplers Einschätzung arbeite vor allem der Wiener Bürgermeister Richard Schmitz und der Gewerkschaftsflügel der Vaterländischen Front gegen den Nationalsozialismus, auch Bundespräsident Wilhelm Miklas mache „offensichtlich große Schwierigkeiten“.

auf 24 Jahre würde die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 3,8 Millionen betragen. Da 2,3 Millionen Personen in den Betriebsorganisationen erfasst seien, erhoffte man durch Zusammenarbeit von Schwarz und Rot die absolute Majorität zu erlangen (ADAP D I, Dok. 338).

Schuschniggs Ankündigung schlug am Abend des 9. März 1938 in Berlin offensichtlich wie eine Bombe ein, denn zunächst wollte die NSDAP die Parole zu einer allgemeinen Beteiligung an der Wahl ausgeben. Keppler kam sofort mit einem Sonderflugzeug nach Wien, um die Volksbefragung zu verhindern. Erst am Nachmittag des 10. März änderte sich die Sachlage durch Weisungen „von oben“ (ADÖ 12/1963), als Hitler Generalstabschef Generaloberst Beck beauftragte, einen Einmarsch der Wehrmacht in Österreich vorzubereiten. In seiner „Weisung Nr. 1“ vom 11. März befahl Hitler die Aufgaben von Heer und Luftwaffe. Der Einmarsch müsse, wenn möglich, ohne Gewaltanwendung vor sich gehen. „Sollte es aber zu Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit zu brechen.“ Gleichzeitig verstärkten sich die SS- und SA-Aktivitäten in Wien und allen anderen Landeshauptstädten. Es gab große Demonstrationen in Wien, Linz und Graz, Metallarbeiter kündigten Gegendemonstrationen an. Unter massivstem deutschem Druck – Göring, der in Berlin die Initiative übernommen hatte, führte Telefongespräche mit Seyß-Inquart, Keppler und Militärattaché General Muff⁶⁷ – sah sich der Ballhausplatz nicht mehr in der Lage, unmittelbar zu reagieren. Die Dürftigkeit der erhaltenen Akten lassen Überforderung und eine gleichzeitige Ausweg- und Kopfflosigkeit erkennen. Obwohl der Generaltruppeninspektor Sigmund Schilhawsky Schuschnigg warnte, dass militärischer Widerstand ohne sofortige Unterstützung von außen „aussichtslos“ sei, wurde am 11. März, 12,40 Uhr, noch der Befehl erteilt: „Grenzbeobachtung DR [Deutsches Reich] (ohne Sperrmaßnahmen) sofort einrichten.“⁶⁸

Inzwischen überbrachten Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau ein erstes deutsches Ultimatum nach Wien, das unter Einmarschdrohung die Absetzung der Volksabstimmung verlangte. Nachdem Schuschnigg dieses Ultimatum erfüllt hatte, kam ein zweites Ultimatum (diesmal von Göring per Telefon), das die Demissionierung der Regierung Schuschnigg, die Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler und die Überlassung von zwei Drittel der Ministerposten für die Nationalsozialisten forderte. Da – nach Rückfrage in Rom, London (wo Franckenstein noch eine Intervention bei Lord Halifax versuchte⁶⁹) und Paris – sowohl Italien

⁶⁷ Vgl. Georg Christoph Berger Waldenegg, Hitler, Göring, Mussolini und der „Anschluss“ Österreichs and das Deutsche Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), Heft 2, 172 ff.

⁶⁸ ADAP, D, I, 464 f. (Anmerkung der Herausgeber); Schmidl, März 38, 102.

⁶⁹ Vgl. Telegramm Ges. Franckenstein an BKA/AA, London, 11. März 1938, ADÖ 12/1966. In Wien versuchte Hornbostel noch dem britischen Gesandten Charles Michael Palairet zu vermitteln, es sei „nicht im britischen Interesse, dass Deutschland die Einverleibung Österreichs gestattet wird, denn sie würde unvermeidlich zur Einverleibung Böhmens und dann zur Vorherrschaft auf

als auch Großbritannien und Frankreich eine Hilfe für Österreich ablehnten, gab Schuschnigg nach und verkündete am Abend des 11. März via Rundfunk: Österreich weiche der Gewalt; er wolle kein „deutsches Blut“ vergießen. Damit war auch an militärischen Widerstand nicht mehr zu denken. Hitler gab dennoch um 20,45 Uhr den Einmarschbefehl für den nächsten Tag. Göring hatte Keppler noch zur selben Zeit den Text eines Telegramms diktiert, das Seyß-Inquart an Hitler senden sollte:

„Die Provisorische Österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wiederherzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.“⁷⁰

Gegen Mitternacht desselben Abends sah sich Bundespräsident Wilhelm Miklas – nach weiteren telefonischen Drohungen Görings – gezwungen, Seyß-Inquart zum neuen Bundeskanzler, Innen-, Verteidigungs- und Sicherheitsminister zu ernennen; neuer Vizekanzler wurde Glaise-Horstenau, Außenminister Wilhelm Wolf, Justizminister Franz Hueber (Görings Schwager), Unterrichtsminister Oswald Menghin, Handels- und Verkehrsminister Hans Fischböck, Minister für öffentliche Wohlfahrt Hugo Jury, Landwirtschaftsminister Anton Reinthaller; Rudolf Neumayer blieb Finanzminister, Michael Skubl Staatssekretär für Sicherheitsweisen. Der Pressechef des Bundeskanzleramtes teilte am Morgen des 13. März der internationalen Presse mit, dass die Bundesregierung gemäß einer neuen Verfassungsbestimmung beschlossen habe, dass Österreich „ein Land des Deutschen Reichs“ sei, Bundespräsident Miklas zurückgetreten sei und Bundeskanzler Seyß-Inquart diese Funktion übernommen habe.⁷¹

Noch am 11. März hatte Hitler Prinz Philipp von Hessen nach Rom entsandt, um ein persönliches Schreiben an Mussolini zu übergeben: „Seit Jahren werden

dem Balkan führen und Deutschland im Süden zum Mittelmeer bringen“. – Francis L. Carsten, *Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen* (Wien – Köln – Graz 1988) 205-215.

⁷⁰ Das Telegramm wurde am 11. März um 21,10 Uhr – anscheinend ohne Wissen Seyß-Inquarts – nach Berlin abgesandt, wo es um 21,32 Uhr empfangen wurde. Keppler teilte Göring telefonisch mit, dass Seyß-Inquart sein Einverständnis mit der Absendung des Telegramms erklärt habe. – ADAP D I, Dok. 358 und Fußnote 1; Schmidl, März 38, 108.

⁷¹ Schmidl, März 38, 107; Kurt von Schuschnigg, *Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot: „Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster“* (Zürich 1946) 39-42; Gerhard Botz, *Schuschniggs geplante „Volksbefragung“ und Hitlers „Volksabstimmung“ in Österreich*. In: *Anschluß 1938* (Wien 1981) 220-243 (Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission 7); Stephan Verosta, *Politische und völkerrechtliche Aspekte der Besetzung Österreichs durch Deutschland*. In: *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938* (Wien 1975) 182-192.

die Deutschen Österreichs von einem Regime, das jeder gesetzlichen Grundlage ermangelt, vergewaltigt und misshandelt. Die Leiden zahllos gequälter Menschen kennen keine Grenzen.“ [Hitler merkte offenbar gar nicht, dass genau dies auf Deutschland zutraf, A. S.] Deutschland allein hat bis jetzt 40.000 Flüchtlinge aufgenommen, die ihre Heimat verlassen mussten, obwohl die übergroße Mehrheit [eine starke Übertreibung!, A. S.] der Bewohner Österreichs ihre Ideologie und ihre politischen Anschauungen vollkommen teilen.“ Er habe Herrn Schuschnigg in Berchtesgaden „aufs ernsteste“ klar gemacht, dass Deutschland nicht bereit sei, „die Bildung einer feindlichen Militärmacht an seiner Grenze zu gestatten“. Damit spielte Hitler auf eine angeblich in Vorbereitung befindliche militärische Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Österreich an, was eine vollkommene Camouflage darstellte. Er könne als „Führer und Kanzler des Deutschen Reiches“ und auch als „Sohn dieser Scholle“ der Entwicklung in Österreich nicht länger zusehen. Das Land versinke in Anarchie und das deutsche Eingreifen sei nichts anderes als ein „Akt nationaler Notwehr“. „Auch Sie, Exzellenz, könnten nicht anders handeln können, wenn das Schicksal von Italienern auf dem Spiele stünde.“ Hitler erinnerte daran, dass auch er „in einer für Italien kritischen Stunde [...] Ihnen die Festigkeit meiner Gefühle bewiesen“ habe und dass sich auch in Zukunft daran genauso wenig ändern werde wie an seiner Anerkennung der Brennergrenze: „Diese Entscheidung wird niemals weder in Zweifel gezogen noch angetastet werden.“ – Noch am Abend des 11. März meldete sich der Prinz von Hessen am Telefon: „Ich komme eben zurück aus dem Palazzo Venezia. Der Duce hat die ganze Angelegenheit sehr freundlich aufgenommen. Er lässt Sie sehr herzlich grüßen.“ Darauf Hitler: „Dann sagen Sie Mussolini bitte, ich werde ihm das nie vergessen [...] Nie, nie, nie, es kann sein, was sein will.“⁷²

Ebenfalls am Abend des 11. März bat Göring auf einem Bankett im Berliner „Haus der Flieger“ den tschechoslowakischen Gesandten Vojtěch Mastný zu sich und versicherte ihm, dass die eben in Österreich vor sich gehenden Geschehnisse keinerlei ungünstigen Einfluss auf die Beziehungen des Reiches zur Tschechoslowakei haben würden und Deutschland fortfahren werde, sich ernsthaft um die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu bemühen. Selbstverständlich gab Mastný diese Feststellung noch am selben Abend telegrafisch nach Prag weiter. Am Vormittag des 12. März wiederholte Göring telefonisch diese beruhigende Erklärung, und auch der ehemalige Reichsaußenminister Neurath übermittelte im Namen Hitlers die Zusicherung, dass sich Deutschland

⁷² ADAP, D, Bd. I, Dok. 352; Thamer, Verführung und Gewalt, 575 f. In Tirol missinterpretierte man diese Telegramm-Passage als mögliche Rückkehr Südtirols zu Österreich bzw. Deutschland. – Vgl. Michael Gehler, „... wie äußerst empfindlich die vor den Toren Italiens geschaffene Lage ist.“ Der „Anschluss“ 1938 und die Südtirolfrage mit Blick auf die „Achse“ Berlin – Rom. In: Klaus Eisterer (Hg.), Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1930-1950). Beiträge für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag (Innsbruck – Wien 2002) 213-245.

nach wie vor an den im Oktober 1925 zu Locarno geschlossenen deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag gebunden erachte.⁷³ – Wie wir wissen, waren beide Zusicherungen nicht ernst gemeint.

Trotz Erfüllung der Ultimaten aus Berlin war am Morgen des 12. März 1938 der Einmarsch deutscher Truppen erfolgt, die entlang ihrer Vormarschstraßen von der Bevölkerung mit großem Jubel begrüßt wurden. Als Hitler selbst am Nachmittag des 12. März von seiner Geburtsstadt Braunau am Inn aus seine Triumphfahrt über Linz nach Wien antrat, jubelten ihm Hunderttausende Oberösterreicher, Niederösterreicher und Wiener entlang der Durchfahrtsstraßen zu. „Blumen markierten den Pfad der rasselnden Tanks und Panzerwagen“, berichtete der *Times*-Korrespondent. Parallel zum Einmarsch von über 100.000 Mann der Wehrmacht erfolgte die Machtergreifung der österreichischen Nationalsozialisten in einer Reihe von Städten und Bundesländern. Unter dem Eindruck seines begeisterten Empfangs in Linz akzeptierte Hitler bereits am Abend des 13. März per Reichsgesetz (ADAP D I, Dok. 378) das vom neuen Ministerrat beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die „Wiedervereinigung [sic!] Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Österreich war faktisch über Nacht ein Land des Deutschen Reiches geworden, die österreichische Geschichte scheinbar unumkehrbar in die gesamtdeutsche Hauptstraße eingemündet. Hitler selbst proklamierte am 15. März vom Balkon der Neuen Hofburg rund einer viertel Million jubelnder und schaulustiger Österreicher auf dem Heldenplatz: „Die älteste Ostmark des deutschen Volkes soll von jetzt ab das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und des Deutschen Reiches sein.“⁷⁴

Bereits am 13. März hatte der neue Außenminister Wilhelm Wolf an alle diplomatischen Missionen im Ausland telegraphieren lassen:

„Bundespräsident hat abgedankt und Befugnisse Bundeskanzler übertragen. Stop. Bundesregierung hat dreizehnten März Bundesverfassungsgesetz verlautbart wonach Oesterreich ein Land des Deutschen Reiches ist. Stop. Sonntag zehnten April stattfindet freie und geheime Volksabstimmung aller über zwanzig Jahre alten deutschen Männer und Frauen Oesterreichs über Wiedervereinigung mit Deutschem Reich. Stop. Gesetz tritt mit heutigem Tage in Kraft. Verständiget Konsulate.“ (ADO 12/1967)

⁷³ Robert Kvaček, L'Anschluss et les relations tchécoslovaquo-françaises. In: *Historica* 26 (1987) 47-102, hier 63.

⁷⁴ Schmidl, März 38, 103-109, 161-186; Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890-1990, Wien 1994) 337-343; Kershaw, Hitler 1936-1945, 119-125; Bukey, Hitler's Austria 25-32; Maurice Williams, Gau, Volk und Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalsozialismus. Eine politische Biographie nach Selbstzeugnissen. Dt. Bearbeitung von Ulfried Burz und Claudia Fräss-Ehrfeld (Klagenfurt 2005) 70-100; Evans, The Third Reich, 653. Die von Gerhard Botz und Ernst Hanisch verwendeten Begriffe wie „quasirevolutionäre“ und „scheinlegale Machtergreifung“ können die letztlich entscheidende „imperialistische Intervention des Deutschen Reiches“ nicht übertünchen. – Hanisch, Schatten, 342.

Die Leiter und das Personal der österreichischen Missionen hatten bis auf weitere Weisung auf ihren Posten zu verbleiben (ADÖ 12/1968). Bereits am 15. März morgens trafen einander Bundesminister Wolf und Staatssekretär Weizsäcker sowie österreichische und deutsche Diplomaten im Hotel Imperial, um die „Liquidierung“ des österreichischen Außendienstes zu besprechen. Politische Demarchen und Vorsprachen der fremden diplomatischen Vertretungsbehörden hatten ab sofort an das Auswärtige Amt in Berlin verwiesen zu werden. Nach Klärung verschiedener Finanz-, Rechts- und Archivfragen legte Wolf Weizsäcker „das Schicksal der Beamten des ehemaligen österreichischen Auswärtigen Dienstes mit der Bitte ans Herz, ihre Weiterverwendung im Deutschen Auswärtigen Dienst soweit als möglich zu veranlassen. Eine Liste von 20 Namen wurde vorgelegt, die u. a. die Namen der Gesandten Heinrich Wildner und Heinrich Pacher, des Generalkonsuls Karl Schwagula, der Legationsräte Alfred Schmid, Franz Adamovic und Karl Zeileissen sowie der Legationssekretäre Max Chlumetzky-Löwenthal, Otto Peter-Pirkham und Josef Schöner enthielt (ADÖ 12/1970).⁷⁵

Am 18. März sandte die Deutsche Reichsregierung – unterzeichnet von Hitler, Göring, Frick, Ribbentrop und Heß – einen Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes, teilte das Gesetz über den Anschluss vom 13. März mit und fügte lakonisch hinzu: „Mit der Verkündung dieses Gesetzes endet die Mitgliedschaft des ehemaligen Bundesstaates im Völkerbund.“⁷⁶

Gleichzeitig gab es in Wien nicht wenige, die sich in den „Anschluss“-Tagen verbergen mussten. Denn parallel zum Einmarsch der Wehrmacht war der Reichsführer-SS Heinrich Himmler mit seinen Schergen auf dem Flugplatz Aspern gelandet, gefolgt von zahlreichen Polizei- und SS-Einheiten, und hatte sofort begonnen, Anhänger des Schuschnigg-Regimes, Sozialisten, Kommunisten und Juden verhaften zu lassen. Ordnungspolizei und Gestapo waren schneller vor Ort als die Wehrmacht. Viele Juden wurden vom nationalsozialistischen Mob misshandelt und gefoltert, viele jüdische Geschäfte geplündert. Die „Judenhatz“ diente als „Sicherheitsventil für wirtschaftlich-soziale Rebellionstendenzen“, gleichzeitig stellte sie im österreichischen Rechtsstaat einen völligen Zivilisationsbruch dar. Der US-Journalist William L. Shirer stieß vor der barocken Karlskirche auf einen „hysterical mob“ und sah, wie in der Kärntnerstraße Jugendliche Pflastersteine in die Schaufenster jüdischer Geschäfte warfen. Ein anderer Auslandskorrespondent, G. E. R. Gedye, erlebte in der Innenstadt, wie die „Hetzmasse“ (Elias Canetti) unentwegt schrie: „Nieder mit den Juden! Heil Hitler! Sieg Heil! Vernichtet

⁷⁵ Die Mehrzahl des Personals des Ballhausplatzes schied aus dem Dienst aus, Gesandter Hornbostel wurde ins KZ Dachau deportiert, Sektionschef Schüller flüchtete über Italien nach New York, Gesandter Franckenstein blieb in London, Gesandter Marek in Prag (von wo er im Mai 1945 vom NKVD nach Moskau verschleppt wurde).

⁷⁶ Otto Kimminich, Österreich und der Völkerbund im Jahr 1938. In: Othmar Karas (Hg.), Die Lehre. Österreich: Schicksalslinien einer europäischen Demokratie (Wien 1988) 125-154, hier 140.

die Juden! Hängt Schuschnigg! Heil Seyß-Inquart! Nieder mit den Katholiken! Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“ Sogar die Deutschen begannen sich Gedanken wegen des überbordenden antisemitischen Volkszorns zu machen, den sie selbst in Österreich angezettelt hatten. Es dauerte nur wenige Wochen, bis buchstäblich jedes einzelne jüdische Geschäft in Österreich von einem selbsternannten NS-Bevollmächtigten „arisiert“ worden war. Schließlich griff Berlin am 28. April 1938 mit der „Verordnung über die „Anmeldung des Vermögens von Juden“ ein.⁷⁷ Der Erzbischof von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, versicherte Hitler der Loyalität der österreichischen Katholiken, während der sozialdemokratische Staatskanzler der Jahre 1918-1920, Karl Renner, im *Neuen Wiener Tagblatt* vom 3. April für den „Anschluss“ warb. Der Leiter der österreichischen Friedensdelegation von 1919 – ein Politiker immer wieder am Rande des Opportunismus – empfand den „Anschluss“ als „wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für Saint-Germain und Versailles“. Die Haltungen Innitzers und Renners entsprachen durchaus jenen einer deutlichen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Die NS-Propaganda setzte nun alle Medien ein: Plakate, Zeitungen, Filme, Musik, Licht, Farben, Bilder; Flugzeuge, Glocken und Höhenfeuer. Der Beauftragte für den „Vier-Jahres-Plan“ Hermann Göring – der bei den Ultimaten am 11. März Regie geführt hatte – verkündete ein groß dimensioniertes Wirtschaftsprogramm für Österreich. Die Ausgesteuerten wurden sofort in die Arbeitslosenfürsorge einbezogen, ein Versteigerungsverbot sollte die schwer verschuldete Bauernschaft zufriedenstellen. Auf seiner „Ostmarkfahrt“ zwischen dem 3. und 9. April wurde Hitler in Graz, Klagenfurt, Innsbruck, Salzburg und Linz von Hunderttausenden empfangen, allein in Graz von etwa 400.000 Steirern und in Innsbruck von etwa 150.000 Tirolern. Die Photos und Filme mit jubelnden Österreichern – Männer wie Frauen gleichermaßen – gingen um die Welt, und der bedeutende britische Historiker A. J. P. Taylor gab eine mentalitätsgeschichtliche Einordnung:

„Yet Hitler’s occupation of Vienna in March 1938 was an act of national liberation for the inhabitants of ‚Austria‘; it freed them from the last relics of the Habsburgs and united them with their national state.“⁷⁸

⁷⁷ Hanisch, Schatten 341 f.; Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008) 128-133; Kershaw, Hitler 1936-1945, 130-135; Werner Welzig (Hg.), „Anschluss“. März/April 1938 (Wien 2010) 44-58; William L. Shirer, The Nightmare Years: 1930-1940 (Boston 1984) 296; G. E. R. Gedye, Betrayal in Central Europe: Austria and Czechoslovakia: The Fallen Bastions (New York 1939) 284; Tooze, Ökonomie der Zerstörung, 324 f. Die Juden Deutschlands und Österreichs gaben ein Bruttovermögen von insgesamt rund 8,5 Milliarden Reichsmark an, aber auch 7 Milliarden an ausstehenden Verbindlichkeiten.

⁷⁸ Neues Wiener Tagblatt, 3. April 1938, zit. n. Walter Rauscher, Karl Renner, Ein österreichischer Mythos (Wien 1995) 297-301; Hanisch, Der lange Schatten 346 f., 357; Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und

Tatsächlich stimmten am 10. April 1938 – bei einer Beteiligung von 99,7% – 99,6% der Österreicher für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ und für die „Liste unseres Führers Adolf Hitler“. Seit diesem Tag existiert in Österreich die Diskussion, wie viele Österreicher bei einer geheimen Volksabstimmung unter Beobachtung des Völkerbundes wirklich für den „Anschluss“ gestimmt hätten. Man hätte mit Sicherheit die Abstimmungsberechtigten völlig heterogener Gruppen unter den Nein-Stimmen gefunden: die Juden, die zweifellos am meisten bedroht waren; streng gläubige Katholiken und Funktionäre der Vaterländischen Front; Monarchisten; den Kern der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft und ihre Vertrauensleute sowie die Kommunisten; zusammen vielleicht eine Million von insgesamt vier Millionen Abstimmungsberechtigten. Ihnen gegenüber standen die österreichischen Nationalsozialisten und die ihnen mittlerweile sehr nahe stehenden „Großdeutschen“, sicher ebenfalls 25, vielleicht auch schon 35 Prozent.

Entscheidend war also das Verhalten der eher „unpolitischen“ Österreicher. Diese mehr der „Anschluss“-Idee als dem Nationalsozialismus nahestehende Mehrheit knüpfte im Frühjahr 1938 ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben im Deutschen Reich, das die Massenarbeitslosigkeit weitgehend abgebaut hatte.⁷⁹ Vor allem bei der Jugend aus allen sozialen Schichten verfiel der Nationalsozialismus, da er – zumindest anfänglich – Werte wie Disziplin, Treue, Gehorsam und Beständigkeit versprach und über die „Hitlerjugend“ und den „Bund Deutscher Mädel“ mit einem breiten sportlichen, technischen und kulturellen Angebot lockte. Eine zusätzliche populistische Geste war die Angleichung der Währung mit 2 Reichsmark = 3 Schilling, was eine klare Aufwertung des Schillings bedeutete; die Reichsbank hatte nur einen Umtausch von 1 : 2 vorgeschlagen. Die mehrheitliche Zustimmung zur totalen Herrschaft Hitlers ergibt sich auch aus dem Anstieg der Zahl der österreichischen NSDAP-Mitglieder bis Mai 1943 auf fast 700.000. Viele Österreicher und Österreicherinnen wurden auch in andere NS-Organisationen einbezogen oder meldeten sich freiwillig: SA (Sturm-Abteilung), SS (Schutzstaffel), NS-Kraftfahrerkorps, Deutsche Arbeitsfront, NS-Betriebszellen, NS-Ärztebund, NS-Beamtenbund, NS-Lehrerbund, NS-Studentenbund, NS-Pressering, NS-Bauernschaft, NS-Frauenschaft, NS-Soldatenring, etc.⁸⁰

kulturellen Entwicklung (Graz – Wien 1994) 58-63; A. J. P. Taylor, *The Habsburg Monarchy 1809-1918. A History of the Austrian Empire and Austria-Hungary* (London 1990) 279.

⁷⁹ „Democracy has disappeared in several other great nations“, beklagte Präsident Roosevelt am 14. April 1938 von seinem Schreibtisch im Weißen Haus aus, „not because the people of those nations disliked democracy, but because they had grown tired of unemployment and insecurity, of seeing their children hungry while they sat helpless in the face of government confusion and government weakness through lack of leadership in government.“ – Kennedy, *Freedom from Fear*, 361 f.

⁸⁰ Foreign Office, Ministry of Economic Warfare (eds.), *Austria. Basic Handbook*, Chapter VI: „Austria at War“ (London 1944/45); Botz, *Nationalsozialismus in Wien*; Hanisch, *Der lange Schatten*, 345-347, 359; Bukey, *Hitler's Austria* 33-39; Sandgruber, *Ökonomie und Politik*, 404.

Die *Neue Zürcher Zeitung* hatte bereits am 15. März 1938 die ganze Tragweite des „Anschlusses“ für die internationale Politik erkannt:

1. Das Deutsche Reich erzielte eine erste echte territoriale Revision der Verträge von Versailles und Saint-Germain und vergrößerte seine Fläche und Bevölkerungszahl sogar gegenüber 1914.
2. Hitler-Deutschland wurde im Besitz der europäischen „Schlüsselposition“ Österreichs politische, militärische und wirtschaftliche Führungsmacht in Ostmittel- und Südosteuropa und konnte nun seine Kriegszielpolitik noch wirkungsvoller fortsetzen.
3. Das Bündnissystem der Kleinen Entente hatte sich auf Grund der unterschiedlichen Haltung zum „Anschluss“ praktisch bereits aufgelöst. Damit ging auch jede Solidarität gegen künftige Aktionen Hitlers verloren.
4. Der triumphale Empfang Hitlers in Österreich wurde unter allen sechs Millionen Volksdeutschen vom Baltikum bis in die Vojvodina genau registriert und beflügelte ihre Forderungen nach Autonomie bzw. Anschluss.⁸¹

Der US-Völkerrechtler Charles G. Fenwick gab eine profunde Einschätzung der Bedeutung des „Anschlusses“ für das Völkerrecht und die internationale Politik: „[...] Today we witness not a customs treaty between two independent states, not even a confederation of Austria and Germany leaving the national integrity of Austria unpaired, but the complete assimilation of Austria into Germany. Austria is henceforth to be a mere province of Germany, the name of the country, whose origins go back to the tenth century or earlier, is now erased from the annals of international law.“⁸²

Die Außenpolitik Bundeskanzler Schuschniggs und seines Staatssekretärs Schmidt war seit dem Juliabkommen 1936 auf den „deutschen Kurs“ festgelegt. Die Hoffnungen des Ballhausplatzes, eine aufeinander abgestimmte Außenpolitik der beiden „deutschen Staaten“ betreiben zu können, ohne früher oder später auf konkrete Forderungen des NS-Regimes eingehen zu müssen, erwiesen sich bald als Fehlkalkulation. Auch die Erweiterung der „Vaterländischen Front“ durch Aufnahme (illegaler) Sozialisten und Nationalsozialisten schuf keine tragfähige Basis gegen die zunehmende Propaganda und Einflussnahme aus dem Deutschen Reich. Die legitimistische Propaganda monarchistischer Kreise (denen Schuschnigg nahestand) erwies sich sowohl innen- als auch außenpolitisch als kontraproduktiv, da weder die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung und schon gar nicht die Nachbarstaaten einer Restauration der Habsburger positiv

⁸¹ Neue Zürcher Zeitung, 15. März 1938; vgl. Alexander N. Lassner, *Peace at Hitler's Price: Austria, the Great Powers, and the Anschluß, 1932-1938* (PhD diss., Ohio State University, 2001).

⁸² Charles Fenwick, Editorial Comment: *Fuit Austria*. In: *American Journal of International Law* 32 (1938) 312-314.

gegenüberstanden. Vor allem das Anhalten hoher Arbeitslosenzahlen in Österreich gegenüber ihrem deutlichen Rückgang in Deutschland erodierte das soziale Gefüge der österreichischen Gesellschaft. Trotz einer sichtbaren Krise der Konsumgüterindustrie in Deutschland glaubten immer mehr Österreicher, „im Reich sei alles besser“.

Nach außen hin schwankte Österreichs Außenpolitik in den letzten sechs Monaten der Existenz des Bundesstaates zwischen den Polen Berlin – Rom – London – Paris. Freilich stieg der politische und wirtschaftliche Einfluss des nationalsozialistischen Deutschen Reiches von Monat zu Monat, sodass sich die 1934 geäußerten Unterstützungserklärungen Italiens, Frankreichs und Großbritanniens immer mehr in leere Versprechungen verwandelten. Mussolini war seit seinem Krieg in Äthiopien 1935/36 in deutsche Abhängigkeit gerutscht, Frankreich war vor allem mit seiner innenpolitischen und Wirtschaftskrise beschäftigt und Großbritannien bemühte sich um ein *appeasement* mit Deutschland. Dies war sowohl im diplomatischen Verkehr als auch in der internationalen Presse erkennbar, nicht zuletzt durch den Besuch von Lord Halifax bei Hitler auf dem „Berghof“ im November 1937. Auch die Haltungen Ungarns, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei gegenüber Österreich verloren immer mehr an realer Bedeutung, ebenso das Bündnis der „Römer Protokolle“. Andererseits drängte Hitler spätestens seit November 1937 auf eine rasche wirtschaftspolitische Einbindung Österreichs und der Tschechoslowakei (nicht nur der Sudetendeutschen!), um seine Politik einer unglaublich expansiven Aufrüstung durchhalten zu können. Dazu benötigte er bereits für das Jahr 1938 zusätzliche Gold- und Devisenreserven sowie Rohstoffe und spezialisierte Arbeitskräfte.

Nach dem Besuch Mussolinis in Berlin Ende September 1937 sicherten sich Hitler, Göring und Neurath im Verlauf der Wintermonate 1937/38 auch die Zustimmung Ungarns, Jugoslawiens und Polens, sich in die deutsch-österreichische Frage nicht einzumischen. Als daher Hitler am 12. Februar 1938 auf dem Berghof Schuschnigg in unverhohlenen drohender Art Unterwerfungsforderungen stellte, blieb ein Protestschrei aus Europas Staatskanzleien aus. Auch Schuschniggs letzter Versuch, mittels Volksbefragung Österreichs Souveränität zu retten, verhallte ungehört. Während der Bundeskanzler nur zögerlich mit Repräsentanten der Sozialisten verhandeln ließ, rüsteten die österreichischen Nationalsozialisten in mehreren Landeshauptstädten zur Machtübernahme. Aber Hitlers Einmarschbefehl überrollte alle Sonderpläne, da Hunderttausende Österreicher am 12. März die Wehrmacht jubelnd begrüßten. Bereits am 13. März 1938 beschloss die neue Regierung Seyß-Inquart die „Wiedervereinigung“ mit dem Deutschen Reich, der postwendend ein entsprechendes Reichsgesetz folgte. Der Ballhausplatz konnte diese stürmische Entwicklung seit Mitte Februar nur mehr passiv zur Kenntnis nehmen. Innerhalb von wenigen Tagen wurde auch Österreichs auswärtiger Dienst „angeschlossen“, freilich die Mehrzahl der Diplomaten nicht „übernommen“. Die internationalen Proteste beschränkten sich auf diplomatische Noten Mexikos und

der Sowjetunion. Die außenpolitischen Konsequenzen des „Anschlusses“ waren im März 1938 für viele Zeitgenossen noch nicht absehbar. Sie wurden für die meisten erst nach Hitlers Einmarsch in Prag und Warschau ersichtlich.